

# Diplomarbeit

## US-Wahlberichterstattung 2004 in österreichischen und amerikanischen Qualitäts-Tageszeitungen

Ausgeführt zum Zweck der Erlangung des akademischen Grades  
**Mag. (FH) für wirtschaftswissenschaftliche Berufe**  
am Fachhochschul-Diplomstudiengang Medienmanagement St. Pölten

von:

Andrea Michaela Türscherl  
mm0110088078

Begutachter:  
Dipl. Päd. Corinna Haas

Zweitbegutachter:  
Dr. Ksenija Fallend

St. Pölten, am 03. Oktober 2005

## Zusammenfassung

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gilt als mächtigster Mann der Welt. Er ist der Verwalter des Volkes und sein Führungsstil wird ebenso genau von den Medien überwacht wie sein öffentliches Auftreten. Alle Nationen haben großes Interesse an dem US-Präsidenten und die Medien spielen die wichtigste Rolle dabei, ihn diesen zu präsentieren. Die Medien haben große Macht. Sie fungieren als Meinungsführer. Ihre Art zu berichten prägt die Denkweise der Menschen und beeinflusst (um nicht zu sagen, manipuliert) ihre Ansichten. Jedes Medium, sei es Zeitung, Rundfunk oder Internet, vertritt einen politischen Standpunkt. Es gibt keine Objektivität. Gerade deshalb ist es unbedingt erforderlich, eine kritische Einstellung zur Medienberichterstattung zu wahren.

Vor diesem Hintergrund geht die folgende Diplomarbeit der Frage nach, inwiefern sich österreichische und amerikanische Qualitäts-Tageszeitungen hinsichtlich ihrer politischen Tendenz der US-Wahlberichterstattung 2004 unterscheiden. Zu diesem Zweck wurden pro Land Zeitungen gewählt, die ihren politischen Standpunkt offen deklarieren. Für Österreich sind dies *Der Standard* (liberal) und *Die Presse* (konservativ), für die USA *The New York Times* (liberal) und *The Washington Times* (konservativ).

Die Methode zur Klärung der Forschungsfrage ist die Inhaltsanalyse, im Laufe derer 301 Zeitungsartikel aller Textsorten in einer Zeitspanne von insgesamt fünf Wochen, sowohl vor als auch nach der Wahl, ausgewertet werden.

Die Untersuchung ergibt, dass die Berichterstattung der österreichischen Zeitungen auf die US-Wahl ausschließlich liberal ausgerichtet ist, während die amerikanischen Zeitungen getreu ihrer politischen Stellungnahme schreiben und so für mehr Vielfalt in den Nachrichten sorgen.

## Abstract

### *2004 US Election coverage in Austrian and American quality daily newspapers*

The president of the United States of America is considered to be the most powerful man in the world. He is the steward of the people and his entire public manner is under constant observation by the media. All nations are interested in the president and the media play the most important role in presenting him. The media have great power. They are *the* opinion leader. Their way of reporting characterizes peoples' mindsets and influences (or should it be said, manipulates) their opinions. Every media, whether newspaper, broadcasting or internet, have their political standpoint. There is no impartiality. That is why it is essential to keep a critical attitude towards media coverage.

In light of these facts, the following diploma thesis deals with the question how the quality daily newspapers of Austria and the USA differ regarding their political slant in coverage. To this end newspapers were chosen which openly declare their political standpoint. For Austria these are *Der Standard* (liberal) and *Die Presse* (conservative), while for the USA, *The New York Times* (liberal) and *The Washington Times* (conservative).

A methodical content analysis is used. In all, 301 newspaper articles from a wide range of texts are evaluated over a five week period prior to and following the elections.

This research shows that the Austrian newspapers' election coverage is exclusively liberal whereas the American newspapers report according to their particular editorial policy, thus providing a greater variety of news.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 EINLEITUNG.....</b>	<b>5</b>
<b>2 DAS POLITISCHE SYSTEM DER USA.....</b>	<b>7</b>
<b>2.1 Die drei Staatsgewalten .....</b>	<b>7</b>
2.1.1 Legislative .....	7
2.1.2 Exekutive .....	10
2.1.3 Judikative .....	13
<b>2.2 Die politischen Parteien.....</b>	<b>13</b>
2.2.1 Die Demokraten .....	14
2.2.2 Die Republikaner .....	15
2.2.3 Schwierige Abgrenzung .....	16
2.2.4 Die Schwäche der nationalen Parteien .....	19
<b>3 DIE MEDIEN ALS VIERTE STAATSGEWALT.....</b>	<b>21</b>
<b>3.1 Definition und Einteilung .....</b>	<b>21</b>
<b>3.2 Medienmacht.....</b>	<b>24</b>
3.2.1 Medienfunktionen.....	25
3.2.2 Die Freiheit der Medienmacht.....	27
<b>3.3 Medien und Politik.....</b>	<b>30</b>
<b>4 TAGESZEITUNGSLANDSCHAFT IN DEN USA UND IN ÖSTERREICH .....</b>	<b>34</b>
<b>4.1 Das Medium Zeitung .....</b>	<b>34</b>
<b>4.2 Tageszeitungen in den USA .....</b>	<b>38</b>
<b>4.3 Tageszeitungen in Österreich .....</b>	<b>41</b>

<b>5 DIE EMPIRISCHE STUDIE .....</b>	<b>44</b>
<b>5.1 Forschungsfrage und Hypothesen .....</b>	<b>44</b>
<b>5.2 Untersuchungsmaterial .....</b>	<b>45</b>
5.2.1 The New York Times .....	45
5.2.2 The Washington Times .....	47
5.2.3 Der Standard.....	48
5.2.4 Die Presse .....	49
<b>5.3 Zur Wahl des Untersuchungsmaterials .....</b>	<b>52</b>
<b>5.4 Methodische Vorgangsweise .....</b>	<b>53</b>
5.4.1 Theorie der Inhaltsanalyse.....	53
5.4.3 Sample.....	55
5.4.4 Kategoriensystem und Codebuch .....	55
<b>5.5 Ergebnisse .....</b>	<b>59</b>
5.5.1 Medium .....	59
5.5.2 Quelle .....	60
5.5.3 Platzierung.....	60
5.5.4 Gegenstand und Tendenz .....	63
5.5.5 Überprüfung der Hypothesen.....	70
<b>6 RESÜMEE.....</b>	<b>73</b>
<b>ANHANG A: LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....</b>	<b>75</b>
<b>ANHANG B: ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>78</b>
<b>ANHANG C: CODEBUCH .....</b>	<b>79</b>
<b>ANHANG D: DANKSAGUNG .....</b>	<b>84</b>
<b>ANHANG E: CODEBLATT .....</b>	<b>85</b>

# 1 Einleitung

Als Staatsoberhaupt und Verwalter seines Volkes ist der US-Präsident der mächtigste Mann der Welt. Aus diesem Grund richtet sich das Interesse der globalen Bevölkerung alle vier Jahre auf die Wahl der USA. Besonders seit dem Amtsantritt des Republikaners George W. Bush im Jahr 2000 und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bewegen Präsidentschaft und Politik der Vereinigten Staaten die Gemüter in einem fort. Arbeitsstil, öffentliches Auftreten, aber auch Privatleben des Präsidenten werden von den Medien genau beobachtet, gelobt oder kritisiert. Zweifellos haben sie große Macht. Sie präsentieren den Präsidenten nach außen und fungieren als Meinungsführer. Ihre Meinung beeinflusst, ja prägt unausweichlich die Sichtweisen und Denkmuster der breiten Masse. Kein Medium berichtet objektiv und unvoreingenommen. Sie alle vertreten einen politischen Standpunkt.

Aus diesem Bewusstsein heraus, ergibt sich die Wichtigkeit der Wahrung einer kritischen Einstellung gegenüber jeglicher medialen Berichterstattung. Gerade bei der richtungsweisenden US-Wahl 2004, deren Kampagnen weltweit Aufsehen erregten und zu großen Spaltungen führten, ist es für den Rezipienten erforderlich, den Überblick zu behalten und nicht in der medialen Schlammschlacht unterzugehen.

Der Fokus dieser Diplomarbeit liegt deshalb auf der Beantwortung folgender Fragestellung: *Jede Qualitäts-Tageszeitung deklariert ihren politischen Standpunkt. Welche Unterschiede existieren zwischen österreichischen und amerikanischen Qualitäts-Tageszeitungen hinsichtlich ihrer politischen Tendenz der US-Wahlberichterstattung 2004?*

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, wird eine empirische Untersuchung österreichischer wie amerikanischer Qualitäts-Tageszeitungen durchgeführt.

Zu Beginn der Arbeit wird eine Einführung in das politische System der USA gegeben, von den drei Staatsgewalten bis hin zu den beiden großen Parteien. Dieser Überblick dient dem besseren Verständnis der später folgenden Studienergebnisse. Anschließend wird die Macht der Medien behandelt, ihre Möglichkeiten und Risiken herausgestrichen sowie das Spannungsfeld zwischen ihnen und der Politik erörtert. Der darauf folgende Punkt befasst sich mit der Tageszeitungslandschaft Österreichs und der USA, ihren jeweiligen Besonderheiten und Entwicklungen. Das fünfte Kapitel ist der empirischen Studie gewidmet. Hier werden Hypothesen aufgestellt, die vier zu untersuchenden Zeitungen präsentiert und die methodische Vorgangsweise der Inhaltsanalyse erklärt. Auch werden die Ergebnisse vorgestellt, mit denen die Hypothesen überprüft werden. Abschließend werden die Resultate der Arbeit noch einmal zusammengefasst.

## 2 Das politische System der USA

### 2.1 Die drei Staatsgewalten

Die am 21. Juni 1788 in Kraft getretene US-Verfassung konstituierte im Jahr 1789 die drei wichtigsten politischen Institutionen der Vereinigten Staaten.<sup>1</sup> Artikel I gilt der Legislative (dem Kongress), Artikel II der Exekutive (dem Präsidenten) und Artikel III der Judikative (dem Obersten Gerichtshof). Für diese gelten gleichzeitig die Grundsätze der Gewaltenteilung (separation of powers) und der Gewaltenverschränkung (checks and balances).<sup>2</sup> Im Folgenden wird ein Überblick über die Funktion der drei Gewalten gegeben, welcher das Verständnis der Untersuchung und ihrer Ergebnisse erleichtern soll.

#### 2.1.1 Legislative

Der US-Kongress ist das höchste Gesetzgebungsorgan des Landes. Er besteht aus zwei Kammern bzw. Häusern: dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Die Schaffung zweier Kammern war das Ergebnis großer Kontroversen.<sup>3</sup> Man bezeichnete sie als *Großen Kompromiss* (great compromise), der die Brücke zwischen zwei gegensätzlichen Plänen in der Philadelphia Convention bildete. Der erste Diskussionsentwurf (auch Virginia-Plan) für die spätere Verfassung verlangte eine deutliche Stärkung der Kompetenzen des Bundes. Ihm zufolge sollte die Bundesebene sowohl ein Vetorecht gegen einzelstaatliche Gesetze erhalten, als auch die Möglichkeit haben, Einzelstaaten, die außerhalb der Verfassung agierten, mit Waffengewalt zur Raison zu bringen. Die aus zwei Kammern bestehende Legislative, von denen eine direkt durch das Volk, die andere durch die Legislativen der Einzelstaaten beschickt werden sollte, hatte in diesem Plan unter anderem die Aufgabe, die Exekutive zu wählen. Die kleineren Staaten lehnten diesen Plan jedoch strikt ab. Sie stellten ihm den so genannten

---

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 45

<sup>2</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 49

<sup>3</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 49

New-Jersey-Plan (auch Paterson-Plan) gegenüber, der ein Einkammersystem vorsah, in dem nach Staaten abgestimmt und der nationalen Ebene im Ganzen weniger Kompetenzen eingeräumt werden sollten.<sup>4</sup> Der *Große Kompromiss* kam beiden Seiten insofern entgegen, als dass einerseits ein Bundesstaat geschaffen, andererseits die Gliederung in Einzelstaaten und deren Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung im Rahmen eines Zweikammern- Parlaments geregelt wurden.<sup>5</sup>

Der Senat, auch genannt *Upper House*, setzt sich aus 100 Senatoren zusammen, zwei aus jedem Staat. Ursprünglich wurden diese von den Parlamenten der Einzelstaaten gewählt. Durch den XVII. Zusatzartikel zur Verfassung erfolgt seit 1913 alle zwei Jahre die Wahl jeweils eines Drittels der Senatsmitglieder. Die Amtszeit der Senatoren beträgt sechs Jahre. Zusammensetzung und Funktion des Senats stärken die kleinen Bundesstaaten und somit die föderative Struktur des Regierungssystems.<sup>6</sup>

Im Repräsentantenhaus oder *Lower House* werden 435 Sitze proportional nach der Einwohnerzahl der Einzelstaaten vergeben, wobei ein Wahlkreis rund 550.000 Einwohner zählt. Die meisten Abgeordneten werden von Kalifornien (52), New York (31) und Texas (30) entsandt. Sieben bevölkerungsarme Bundesstaaten entsenden nur die Mindestzahl von einem Abgeordneten, darunter Alaska, Delaware, Montana und Wyoming. Weiter gehören dem Repräsentantenhaus drei Vertreter der United States Territorien Guam, Virgin Islands und Amerikanisch Saoma, sowie einer für die Bundeshauptstadt Washington an, die jedoch nicht stimmberechtigt sind. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses werden alle zwei Jahre vom Volk gewählt. Diese kurze Wahlperiode dient der starken Bindung der Abgeordneten an ihre Wähler und führt zur Abhängigkeit von lokalen Interessen. Das Sammeln für Wahlkampfgelder beansprucht täglich die Arbeitszeit der Abgeordneten.

---

<sup>4</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 13f

<sup>5</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 49

<sup>6</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 49f

Der Vorsitz im Repräsentantenhaus obliegt dem Sprecher (speaker), der verfassungskonform in offener Abstimmung und von der Mehrheitsfraktion gewählt wird. Er gilt als mächtigster Parlamentarier und ist nicht selten der direkte politische Gegenspieler des Präsidenten.<sup>7</sup>

Unter den Kongressmitgliedern dominieren die Juristen, dicht gefolgt von Wirtschafts- und Bankmanagern. Der Anteil an Farmern ist sehr gering, Arbeiter sind fast nicht vertreten. Kaum ein Mitglied besitzt keinen Collegeabschluss. Politisch gehören die Abgeordneten bis auf wenige Ausnahmen entweder der demokratischen oder republikanischen Partei an. Die Stellung des Kongresses im politischen System der USA entspricht dem Modell der Checks and balances. Kein Kongressmitglied darf, im Sinne der Gewaltenteilung, dem öffentlichen Dienst angehören. Dagegen räumt die Gewaltenverschränkung dem Vizepräsidenten den Vorsitz im Senat ein. Bei Stimmgleichheit ist die seinige ausschlaggebend.<sup>8</sup>

Der Kongress verabschiedet Gesetze und jedes der beiden Häuser verfügt über die Autorität, eine Gesetzesvorlage einzubringen. Der Senat kann auch beispielsweise gegen ein Gesetz, das vom Repräsentantenhaus erlassen wurde, stimmen und umgekehrt. Jeder Gesetzesentwurf muss beide Häuser passieren, bevor ihn der Präsident unterschreiben kann. Der Kongress entscheidet über Steuern und verfügt über die Budgethoheit (power of the purse). Er untersucht und überblickt die Arbeit der Exekutive, hat das Recht Krieg zu erklären und ratifiziert Verträge.<sup>9</sup> Im September 1789 nahm er die ersten zehn Zusatzartikel zur Verfassung (amendments) an, die schließlich 1791 in Kraft traten. Diese enthalten den Grundrechtekatalog, die so genannte *Bill of Rights*, welche das Recht auf freie Religionsausübung sowie Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit festsetzt.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 49ff

<sup>8</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 51

<sup>9</sup> Vgl. Katalin, 14.02.2005, 2, congress, <http://www.stud.u-szeged.hu/Bodo.Katalin.1/congress.htm>

<sup>10</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 45ff

### 2.1.2 Exekutive

Artikel II der Verfassung beschreibt die wichtigsten Funktionen des Präsidenten und das Verfahren der Wahl. Der erste Abschnitt beginnt mit den Worten: „Die vollziehende Gewalt liegt beim Präsidenten der Vereinigten Staaten.“ Der amerikanische Präsident wird vom Volk gewählt. Seine Amtszeit dauert vier Jahre, wobei eine einmalige Wiederwahl möglich ist.<sup>11</sup>

Die Funktionen des Chefs der Exekutive und des Oberbefehlshabers der Streitkräfte sowie seine Aufgaben in der Außenpolitik (unter erheblichen Mitwirkungsrechten des Kongresses) sollten sich als ausbaufähig erweisen. Die Position des Präsidenten bei der Ausübung jener Pflichten stärkte sich nicht nur im Laufe der Zeit, sondern es kamen noch weitere Aufgaben hinzu. Neben den Funktionen des *Chief Executive*, des *Commander-in-Chief* und des *Chief Diplomat* sind dem Präsidenten auch die Aufgaben des *Chief Legislator*, des *Party Leader* und des *Leader of the People and Chief Preacher* zugeteilt. Die herausragende Stellung, die der US-Präsident heute innehat, ist wesentlich mit der Internationalisierung der Politik zu erklären. Die Stärkung des Präsidentenamtes ist hierbei nicht als ein linearer Prozess, sondern eher als eine aufsteigende Wellenlinie zu beschreiben. Der Machtzuwachs des heutigen Präsidenten gegenüber seinen Vorgängern im 18. und 19. Jahrhundert ist unter anderem mit der heutigen Weltmachtstellung der USA zu erklären.<sup>12</sup>

Die Regierung ist kein Kollegialorgan, sie wird als Administration bezeichnet. Der Präsident besitzt im Parlament keine gesicherte und durch Fraktionsdisziplin gestützte Machtbasis. Er muss sich um Mehrheiten bemühen, wobei ihn die Medien unterstützen. Pressekonferenzen des Staatsoberhauptes erzielen eine hohe Aufmerksamkeit. Fototermine werden präzise geplant. Jeder öffentliche Auftritt soll mitunter dazu dienen, unter der Bevölkerung für die Politik der Administration zu werben. Die öffentliche Meinung wird anhand von Umfragen dokumentiert und im günstigsten Fall als öffentliches Druckmittel gegenüber dem

---

<sup>11</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 60

<sup>12</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 128f

Kongress eingesetzt. Der Präsident der Vereinigten Staaten gilt allgemein als *Steward of the people*, wie es Präsident Theodore Roosevelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausdrückte, als Führungsfigur im politischen Leben des Landes. Sein Arbeits- und Führungsstil wird ebenso sorgfältig von den Medien beobachtet wie sein öffentliches Auftreten.<sup>13</sup>

Zum Präsidenten kann theoretisch jede Person gewählt werden, die mindestens 35 Jahre alt und geborener amerikanischer Staatsbürger ist sowie in den letzten vierzehn Jahren in den Vereinigten Staaten gewohnt hat. Alle bisherigen 42 Präsidenten seit 1789 waren männlich und weißer Hautfarbe. Es gab nur einen Katholiken unter ihnen, nämlich John F. Kennedy. Alle anderen gehörten protestantischen Kirchen an. Es gab zwei Junggesellen, von denen einer im Amt heiratete. Jeder konnte jedoch auf eine Karriere im öffentlichen Dienst zurückblicken, sei es als Senator, Gouverneur oder Vizepräsident.<sup>14</sup>

Die Exekutive unter der Leitung des Präsidenten ist in zahlreiche Behörden aufgegliedert: Neben 14 Ministerien (Secretaries) mit beratenden Funktionen gibt es eine ebenso große Zahl von Bundesbehörden, etlichen Regierungsämtern und unabhängigen Institutionen. Die Bundesregierung beschäftigt insgesamt über zwei Millionen Menschen. Die Zahl der Positionen, die der Präsident bei der Verwaltung besetzen kann, belaufen sich mittlerweile auf rund 9000. Einerseits hat ein Präsident nicht die Möglichkeit, sämtliche Behörden aufgrund ihrer Vielzahl zu kontrollieren, andererseits ist dies bei einigen von ihnen gesetzlich verboten (wie z.B. bei der Bundesbank).<sup>15</sup> Der Präsident ist auf Beratung und Unterstützung angewiesen, was vor allem seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu einem beträchtlichen Ausbau des so genannten *Executive Office* geführt hat. Dieses Office setzt sich aus dem *White House Office* und verschiedenen Beraterstäben des Präsidenten zusammen.<sup>16</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 60f

<sup>14</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 61

<sup>15</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 63

<sup>16</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 131f

Die ungefähr 400 Mitarbeiter des *White House Office* stehen dem Präsidenten am nächsten. Bei der Besetzung dieser Posten ist er frei, also nicht an die Zustimmung des Senats gebunden. Hier vermag er seine engsten Vertrauten einzusetzen, von denen er Rat und Kritik, letztlich aber auch eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik erwarten kann. Der wichtigste Mann dieses Teams ist der Stabchef des Weißen Hauses. Die Aufgaben der Mitarbeiter des *White House Office* sind vielfältig. Sie reichen vom Verkauf der Politik des Präsidenten gegenüber Kongress und Öffentlichkeit über die Beratung des Präsidenten in allen Politikfeldern inklusive der Koordinierung der an ihn herangetragenen Vorschläge der Departments bis hin zur Kontrolle seines Terminkalenders, Überwachung der Bürokratie, u.ä.m.<sup>17</sup>

Während der Präsident hinsichtlich des *White House Office* weitgehend freie Hand hat und dieses ganz nach seinen Vorstellungen und Bedürfnissen strukturieren kann, unterliegt er bei den anderen Behörden und Beraterstäben des *Executive Office* gewissen Bindungen, da hier die Besetzung der entscheidenden Positionen großteils von der Zustimmung des Senats abhängig ist. Die wichtigsten Organisationen bzw. Kommissionen des *Executive Office* sind das *Office of Management and Budget* (OMB), der *National Security Council* (NSC) und der *Council of Economic Advisers* (CEA).<sup>18</sup>

Dass die Amtsführung beim Ausscheiden des Präsidenten aus seinem Amt oder bei dessen Amtsunfähigkeit auf dessen Vizepräsidenten übergeht, ist in Art. II Sect.1 der US-Verfassung geregelt. Obwohl der Vizepräsident immer von dem Wohlwollen des Präsidenten abhängig ist, erhält er nun ein erweitertes Mitsprache- und Informationsrecht, da in früheren Zeiten Klagen über seine mangelnden Entfaltungsmöglichkeiten weit verbreitet waren.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 132

<sup>18</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 132f

<sup>19</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 133

### 2.1.3 Judikative

Der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) der Vereinigten Staaten bildet die Judikative des Regierungssystems. Der Verfassungsgeber schuf damit eine eigene richterliche Gewalt, um die Grundrechte besonders zu schützen und den Bund als höchste staatliche Ebene rechtlich zu institutionalisieren. Für das amerikanische Rechtssystem gilt die Verfassung als wichtigste Rechtsquelle. Die Berufung auf ein anderes Recht (z.B. Naturrecht) ist nicht vorgesehen, obwohl dies in der Praxis schon vorgekommen ist. Die kodifizierten Gesetze bilden nach der Verfassung Rechtsquellen. Zwar hat nach wie vor jeder einzelne der 50 Bundesstaaten ein eigenes Rechtssystem inklusive einer eigenen Staatsverfassung und Gerichtsbarkeit. Doch dieses muss sich erstens an der Bundesverfassung orientieren, zweitens gibt es in jedem Bundesstaat mindestens ein Bundesgericht (United States District Court) und drittens haben sich die Rechtsordnungen der Einzelstaaten im Laufe der Zeit weitgehend aneinander angepasst. Dies gilt auch für das Polizei- und Ordnungsrecht, das den einzelnen Staaten obliegt.<sup>20</sup>

Der Supreme Court entscheidet, ob die Gesetze und Aktionen der Exekutive und Legislative sich in Übereinstimmung mit der Verfassung befinden, oder nicht. Er besteht aus einem Obergericht und acht beigeordneten Richtern. Diese werden von dem Präsidenten nominiert und müssen vom Senat anerkannt werden. Einmal anerkannt, bekleiden sie das Amt als Supreme Court Richter lebenslang.<sup>21</sup>

## 2.2 Die politischen Parteien

Wo liegen die heutigen Unterschiede in den Zielen der beiden großen Parteien? Gibt es solche überhaupt? Der erzkonservative unabhängige Präsidentschaftskandidat des Jahres 1968, George Wallace, äußerte die viel

---

<sup>20</sup> Vgl. Friedrich, 2000, S. 68f

<sup>21</sup> Vgl. Katalin, 14.02.2005, 2, federal judiciary,

<http://www.stud.u-szeged.hu/Bodo.Katalin.1/federal%20judiciary.htm>

zitierte Bemerkung, dass nicht die geringste Differenz zwischen den beiden Parteien bestünde.<sup>22</sup>

### 2.2.1 Die Demokraten

Seit der Präsidentschaftswahl 2000 ist die demokratische Partei die amerikanische Minderheitspartei, sowohl im Kongress als auch bei den Gouverneur-Sitzen und der staatlichen Gesetzgebung. Ihr Wappentier ist der Esel in blau-weiß-rot, obwohl er im Gegensatz zu dem Elefanten der Republikaner nie offiziell als solches angenommen wurde. Die Parteifarbe der Demokraten ist blau, sie gelten in den USA als die liberale Partei.<sup>23</sup> Politisch Liberale befürworten größeren Einfluss der Bundesregierung zur Behebung vermeintlicher sozialer Ungerechtigkeiten; kulturell Liberale unterstützen den Feminismus, die Rechte von Minderheiten und eine Betonung der persönlichen Freiheit.<sup>24</sup>

Die heutigen Demokraten unterstützen generell Bürgerrechte, progressive Besteuerung, bestimmte Maßnahmen zur Waffenkontrolle, Säkularismus (eine Philosophie der rationalen sozialen Existenz, in der Religion oder übernatürlicher Glaube irrelevant sind um die Welt zu verstehen und daher von der Regierung ferngehalten werden), Rechte zur Geburtenkontrolle (Abtreibung, Familienplanung), multilaterale Außenpolitik, Umweltschutz, öffentliche Ausbildung, die Mäßigung des Kapitalismus durch Sozialhilfe, Programme um Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Recht der Arbeiter sich in Gewerkschaften zu organisieren.<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 67f

<sup>23</sup> Vgl. o.V., 13.04.2005, 1, Democratic Party (United States) – Wikipedia, the free encyclopedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/Democratic\\_Party\\_%28United\\_States%29](http://en.wikipedia.org/wiki/Democratic_Party_%28United_States%29)

<sup>24</sup> O.V., 16.11.2004, 4, Politisches Lexikon – Ein Glossar zu den Wahlen, [http://www.usembassy.at/de/us/elec\\_glossary.htm](http://www.usembassy.at/de/us/elec_glossary.htm)

<sup>25</sup> Vgl. o.V., 13.04.2005, 1, Democratic Party (United States) – Wikipedia, the free encyclopedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/Democratic\\_Party\\_%28United\\_States%29](http://en.wikipedia.org/wiki/Democratic_Party_%28United_States%29)

Im demokratischen Parteiprogramm 2004 drückte der Präsidentschaftskandidat John Kerry unter dem Titel *Strong at Home, Respected in the World* sein Bekenntnis zu einem starken und nicht gefürchteten, sondern respektierten Amerika, einer starken, wachsenden Wirtschaft, starken gesunden Familien und einer starken amerikanischen Gemeinschaft aus. Betont wurden liniengetreu besonders internationale Bündnisse (die Beziehung zu Europa), der Kampf gegen den Terrorismus, die Unterstützung der amerikanischen Mittelklasse sowie eine Reformierung des Gesundheitswesens, die Verbesserung der Ausbildung und die Wichtigkeit des Umweltschutzes.<sup>26</sup>

### 2.2.2 Die Republikaner

Die republikanische Partei, im englischen auch GOP für *Grand Old Party* genannt, hat zur Zeit unter Präsident George W. Bush die Mehrheit im Kongress und bei den Gouverneur-Sitzen. Ihr offizielles Logo ist der Elefant in rot-weiß-blau. Sie gilt als die konservative Partei der Vereinigten Staaten.<sup>27</sup> Politisch konservativ eingestellte Bürger unterstützen für gewöhnlich das Prinzip der freien Marktwirtschaft und niedrige Steuern. Zugleich misstrauen sie dem Einfluss der Bundesregierung im Gegensatz zu dem der Bundesstaaten und Kommunen.<sup>28</sup>

Als ursprüngliche politische Grundsätze der Republikaner sind eine starke Landesverteidigung zusammen mit dem liberalistischen Prinzip des freien Marktes, niedrige Steuern, der Schutz des Waffenrechts und der kleinere Einfluss der Regierung zu nennen. Während diese Themen noch immer die parteilichen Schwerpunkte bilden, kamen in jüngster Zeit neue Prioritäten wie Religion, eine

---

<sup>26</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 1, <http://www.democrats.org/pdfs/2004platform.pdf>

<sup>27</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 1, Republican Party (United States) – Wikipedia, the free encyclopedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/Republican\\_Party\\_%28United\\_States%29](http://en.wikipedia.org/wiki/Republican_Party_%28United_States%29)

<sup>28</sup> O.V., 16.11.2004, 4, Politisches Lexikon – Ein Glossar zu den Wahlen, [http://www.usembassy.at/de/us/elec\\_glossary.htm](http://www.usembassy.at/de/us/elec_glossary.htm)

Sozialversicherungsreform und der Widerstand gegen homosexuelle Eheschließungen sowie Abtreibung hinzu.<sup>29</sup>

Das Parteiprogramm der Republikaner ´04 bekannte sich unter dem Titel *A Safer World and a More Hopeful America* zu einem Krieg gegen den Terror, um den Bürgern Sicherheit in ihrem Land zu garantieren, dem Aufbau einer innovativen Wirtschaft sowie zu einer Stärkung der amerikanischen Gemeinschaften und dem Schutz der Familien, besonders der Kinder. Die Betonung liegt auf der Wahrung der nationalen Stärke, dem Zusammenhalt der Vereinigten Staaten, der Freiheit und Gleichheit, Menschenwürde und uneingeschränkten Möglichkeiten.<sup>30</sup>

### **2.2.3 Schwierige Abgrenzung**

Politische Parteien in den USA verfügen über einen relativ geringen Grad an innerer Geschlossenheit und sind keine strikten Anhänger einer bestimmten Ideologie oder festen politischen Richtung. Es ging ihnen schon immer in erster Linie darum, Wahlen zu gewinnen und somit die Führungspositionen im Staat zu kontrollieren. Da ihre Wähler aus allen sozioökonomischen Schichten kommen und sie sich innerhalb einer Gesellschaft bewegen müssen, die ideologisch im Wesentlichen in der Mitte angesiedelt ist, vertreten die amerikanischen Parteien hauptsächlich auch eine Position der Mitte. Darüber hinaus weisen sie ein hohes Maß an politischer Flexibilität auf. Ein nichtdoktrinärer Ansatz, der es Republikanern wie Demokraten ermöglicht, bei ihren Parteimitgliedern sehr unterschiedliche Meinungen zu dulden und mitunter dazu führte, dass sie dritte Parteien und Protestbewegungen absorbieren konnten, wann immer diese auftraten.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 1, Republican Party (United States) – Wikipedia, the free encyclopedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/Republican\\_Party\\_%28United\\_States%29](http://en.wikipedia.org/wiki/Republican_Party_%28United_States%29)

<sup>30</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 1, <http://www.gop.com/media/2004platform.pdf>

<sup>31</sup> Vgl. Bibby, 16.11.2004, 4, Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten, <http://www.usembassy.at/de/us/bibby.htm>

Die amerikanischen Parteien sind stark durch dezentralisierte Machtstrukturen charakterisiert. Aus historischer Sicht kann der Präsident der jeweils regierenden Partei nicht davon ausgehen, dass die Abgeordneten seiner Partei sein Programm im Kongress loyal unterstützen werden. Ebenso wenig können die Parteiführer im Kongress erwarten, dass die Mitglieder ihrer Partei bei der Abstimmung strikt der Parteilinie folgen. Bei den Republikanern wie bei den Demokraten arbeiten die Wahlkampfausschüsse innerhalb der Parteiorganisation für die Kongress- und Senatswahlen (die aus den gewählten Mitgliedern bestehen) völlig autonom von der auf die Präsidentschaft ausgerichteten nationalen Parteiführung. Neben einem begrenzten Einfluss auf die Verfahren zur Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag mischen sich die nationalen Parteiorganisationen selten in die Angelegenheiten der Partei. Das System der Gewaltenteilung bietet den Abgeordneten nur wenig Anreiz, sich geschlossen hinter ihren Parteivorsitzenden zu stellen. Dies gilt allgemein, ob es nun die Kongressabgeordneten und einen Präsidenten aus ihrer eigenen Partei betrifft oder ähnliche Beziehungen zwischen den Abgeordneten eines Bundesstaates und einem Gouverneur.<sup>32</sup>

Der Verfassungsgrundsatz des föderalen Staatsaufbaus, welcher ein gestaffeltes System von Regierungen auf Ebene des Bundes, der Bundesstaaten und der Kommunen geschaffen hat, führt zu einer weiteren Dezentralisierung der Parteien, indem er Tausende von separaten Wahlkreisen mit ihren jeweiligen eigenen Amtsträgern bewirkt; und dies ebenfalls auf Ebene des Bundes, der Bundesstaaten und der Kommunen. Auch die Durchführung von Vorwahlen zur Nominierung der Präsidentschaftskandidaten schwächt die Parteiorganisationen, da sie so keine Möglichkeit haben, die Auswahl der Kandidaten zu kontrollieren. Die einzelnen Kandidaten werden folglich dazu ermutigt, sich eine eigene Wahlkampforganisation und eine Anhängerschaft unter den Wählern aufzubauen, um zuerst die Vorwahlen und danach die allgemeinen Wahlen zu gewinnen.

---

<sup>32</sup> Vgl. Bibby, 16.11.2004, 4, Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten, <http://www.usembassy.at/de/us/bibby.htm>

Selbst das Aufbringen von Spendengeldern für den Wahlkampf bleibt dem einzelnen Kandidaten prinzipiell selbst überlassen, denn die Parteiorganisationen haben im Normalfall nur begrenzte Mittel zur Verfügung und unterliegen strikten gesetzlichen Auflagen, was die Höhe der Gelder angeht, die sie für Wahlkämpfe auf Bundesebene ausgeben können.<sup>33</sup>

Dennoch lassen sich deutliche Unterschiede in ihren Zielen erkennen, stellt man die Mehrheitsmeinungen der beiden Parteien einander gegenüber. In der Wirtschaftspolitik haben die Demokraten die *New Deal* - Linie des in der Wirtschaft relativ stark engagierten Staates bis heute nicht ganz aufgegeben, auch wenn sie deutlich nach rechts gerückt sind. Die Republikaner plädieren hier dagegen für eine ausdrücklich größere Zurückhaltung des Staates. Auch in der Sozial- und Bildungspolitik lassen sich Unstimmigkeiten nachweisen: Die Demokraten treten eher für Benachteiligte ein, während die Republikaner stärker dazu neigen, diese ihrem Schicksal zu überlassen.<sup>34</sup>

Akzeptiert man die Unterscheidung zwischen liberalen und konservativen Positionen, so machen z.B. die Berechnungen des *National Journal* zum Abstimmungsverhalten der Kongressabgeordneten deutlich, dass den amerikanischen Wählern sehr wohl Entscheidungsalternativen geboten werden. Im Jahre 2000 gehörten die 20 konservativsten Senatoren bzw. die 25 konservativsten Mitglieder des Repräsentantenhauses ausschließlich der republikanischen Partei an, wohingegen die 20 Senatoren und die 25 Mitglieder des Repräsentantenhauses mit dem liberalsten Abstimmungsverhalten alle zu den Demokraten zählten.<sup>35</sup> Auch die Untersuchungen von *New York Times/CBS* zum politischen Standpunkt der Parteitagsdelegierten deuten in diese Richtung: So bezeichneten sich 1996 z.B. 43 Prozent der Delegierten der Demokraten, aber kein Delegierter der Republikaner als liberal. Bei den Wählern war der Abstand offensichtlich geringer: 26 Prozent der demokratischen und 7 Prozent

---

<sup>33</sup> Vgl. Bibby, 16.11.2004, 4, Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten, <http://www.usembassy.at/de/us/bibby.htm>

<sup>34</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 68

<sup>35</sup> Vgl. Cohen, 2001, S. 341

der republikanischen Wähler ordneten sich in diese Kategorie ein. Auf der rechten Seite ist die Polarisierung noch deutlicher: Die Wähler der Demokraten und Republikaner rechneten sich mit 19 Prozent bzw. 50 Prozent dem konservativen Lager zu. Die Delegierten der beiden Parteien unterschieden sich in diesem Punkt viel deutlicher voneinander: 5 Prozent auf der demokratischen Seite standen 70 Prozent auf der republikanischen gegenüber.<sup>36</sup>

#### **2.2.4 Die Schwäche der nationalen Parteien**

Sehr deutlich kommt die Schwäche der amerikanischen nationalen Parteien in den Abstimmungen im Kongress zum Ausdruck. Abstimmungen, bei denen die Demokraten geschlossen gegen die Republikaner stehen, kommen nur bei Personalentscheidungen vor. Bei Sachentscheidungen verlaufen die Fronten, von Ausnahmen abgesehen, quer durch die Fraktionen, mit dem Resultat, dass die Wähler die Haltung der Parteien und damit die Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen nur schwer lokalisieren können. Einer Stärkung der nationalen Parteiorganisationen stehen beträchtliche Probleme entgegen: Einmal wäre dies die beschriebene Dezentralisierung der Parteien selbst. Die einzelstaatlichen, regionalen und lokalen Parteiorganisationen sind nur begrenzt bereit, auf bisherige Kompetenzen zugunsten einer Stärkung der nationalen Parteiorganisationen zu verzichten. Zudem führten Watergate und Vietnam in den 70er Jahren zu einem deutlichen Vertrauensverlust der amerikanischen Parteien. Die Anzahl der Bürger, die sich zu keiner Partei bekennen wollten, stieg damals erheblich an. Man orientierte sich bei der Wahlentscheidung an gewissen Sachthemen oder an den zur Wahl stehenden Kandidaten. Die Zahlen der *party identifiers* schwanken seit dieser Zeit leicht, den Einbruch der 70er Jahre hat insbesondere die demokratische Partei bisher noch nicht überwinden können.<sup>37</sup>

Weiter ist die Institution der Vorwahlen zu nennen, welche die Parteien zumindest teils einer ihrer zentralen Aufgaben, nämlich der Kandidatenaufstellung,

---

<sup>36</sup> New York Times/CBS-Studie zitiert in: Hübner, 2003, S. 68f

<sup>37</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 75f

berauben und sie Parteianhängern (und damit ihren Wählern) überantworten. Außerdem wirkt sich der zunehmende Einfluss der Medien im amerikanischen Wahlkampf eher zugunsten der einzelnen Kandidaten als zugunsten der Parteiorganisationen aus. Letztlich entscheidend für die Schwäche der nationalen Parteien ist jedoch das präsidentielle Regierungssystem selbst. Der Präsident der USA bedarf nicht der dauerhaften Unterstützung seiner Partei im Kongress: Sie hat ihn nicht gewählt, sie kann ihn nicht entlassen. Geschlossene Parteifronten können sogar zu einer Gefahr für das präsidentielle Regierungssystem werden, würden der Präsident einerseits und die Mehrheit einer oder beider Kammern des Kongresses andererseits von verschiedenen Parteien gestellt. Starre Parteifronten und mangelnde Kompromissbereitschaft führen demnach zu einem Stillstand und zu einer Unregierbarkeit des Systems.<sup>38</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. Hübner, 2003, S. 76f

## 3 Die Medien als vierte Staatsgewalt

### 3.1 Definition und Einteilung

Das Wort Medium kann in drei verschiedenen Verwendungszusammenhängen gesehen werden. Im Allgemeinen bedeutet Medium *Mittler* oder *Vermittelndes*. Außerdem lassen sich hier grammatikalische, physikalische, spiritistische und parapsychologische Bedeutungen unterscheiden, die aber in medienwissenschaftlichem Sinn irrelevant sind.<sup>39</sup>

Verschiedene wissenschaftliche Disziplinen verwenden Medium als Fachbegriff. In diesem Sinn spricht die Pädagogik von Unterrichtsmedien, die Literaturwissenschaft vom *Medium Literatur*, die Sprachwissenschaft vom *Medium Sprache*, usw. In diesem Zusammenhang spielt der Medienbegriff jedoch keine zentrale Rolle für die jeweilige Fachwissenschaft, sondern wird in der Regel nur im übertragenen Sinne benutzt oder es dominiert der Charakter des Instrumentellen. Spricht man vom Licht oder von einem Rad, von der Uhr oder von der Schreibmaschine usw. als Medien (wie z.B. Marshall McLuhan), so sind damit immer nur ganz allgemein, oft metaphorisch umkleidet, Werkzeuge, Mittel oder Instrumente gemeint. In dieser Form kann alles ein Medium sein.<sup>40</sup>

Einige Disziplinen widmen sich zentral dem Medium, wobei nicht mehr nur von Begriffen oder Worten gesprochen werden kann. Hier wurden komplexere theoretische Bedeutungen von Medium als spezifischem Phänomen entwickelt. Schon in der Terminologie unterscheiden sich diese Auffassungen erheblich voneinander: Einmal versteht man unter Medium *Zeichenvorrat* (in der Informationstheorie und Kybernetik), dann einen *technischen Kanal* (in der Kommunikationssoziologie und Massenkommunikationsforschung oder Publizistikwissenschaft), dann wiederum ein *ästhetisches Kommunikationsmittel* (Einzelmedientheorie und Medienwissenschaft) oder *gesellschaftliche Interaktion*

---

<sup>39</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 13

<sup>40</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 13

(Soziologie, speziell Systemtheorie). Neulich spricht man verstärkt vom einzelnen Medium als einem eigenständigen *System*. Zum Teil meint System aber auch die Gesamtheit aller Medien.<sup>41</sup>

Weitgehend hat sich die Unterscheidung in Primärmedien (Medien ohne notwendigen Einsatz von Technik, wie z.B. das Theater), Sekundärmedien (mit Technikeinsatz auf der Produktionsseite wie etwa die Zeitung) und Tertiärmedien (mit Technikeinsatz auf Produktions- und Rezeptionsseite, z.B. die Schallplatte) durchgesetzt. Ergänzend wird inzwischen auch von Quartärmedien (mit Technikeinsatz auch bei der digitalen Distribution und vor allem der Auflösung der traditionellen Sender-Empfänger-Beziehung bei den Online-Medien) gesprochen.<sup>42</sup>

Dem gegenüber klassifizieren manche Ansätze in auditive und visuelle Medien, in Orts- und Zeitmedien, in Kommunikations- und Speichermedien, in diskursive und dialogische Medien oder in Nah- und Fernmedien usw. Insgesamt können heute gemäß der Auffassung von Medium als *Kanal*, je nach Abgrenzung, rund 20 Einzelmedien unterschieden werden. In alphabetischer Reihenfolge sind dies: Blatt, Brief, Buch, Chat, Computer, DVD, E-Mail, Fernsehen, Film, Foto, Heft/Heftchen, Hörfunk, Intranet, Multimedia, Plakat, Telefon/Handy, Theater, Tonträger (Schallplatte, Kasette, CD), Video, World Wide Web, Zeitschrift und Zeitung. Allerdings gibt es auch hier noch kategoriale Unterschiede, da z.B. das Medium Telefon keine Medienprodukte aufweist wie etwa das Medium Buch oder weil es sich bei dem Medium Foto, gegenüber anderen Medien, um ein rein nonverbales Medium handelt. Solche Differenzen sind an dieser Stelle aber zu vernachlässigen.<sup>43</sup>

In Anlehnung an den bisher am weitesten entwickelten Begriff des Mediums als komplexes System (Ulrich Saxer), vertritt die Autorin hier folgende Definition:

---

<sup>41</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 13

<sup>42</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 13f

<sup>43</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 13f

„Ein Medium ist ein institutionalisiertes System um einen organisierten Kommunikationskanal von spezifischem Leistungsvermögen mit gesellschaftlicher Dominanz.“<sup>44</sup>

Diese vier Merkmale des Mediums seien kurz erläutert:

- „Institutionalisiertes System“ meint übergreifend eine ausdifferenzierte, in mehrere Bereiche entfallende, auf verschiedenen Ebenen wirksame komplexe Vermittlungseinrichtung, die sich im gesellschaftlichen Regelungssystem etabliert hat und lediglich in dieser *Umwelt*, in diesem Kontext von Voraussetzungen, Produktion, Rezeption, Verarbeitung und Auswirkungen, als alltäglicher und selbstverständlicher Prozess, ausreichend begriffen werden kann.
- „Organisierter Kommunikationskanal“ bedeutet, dass die Kommunikation zufallsentoben reguliert und funktionalisiert wird, wobei die Kanalisation z.B. technologisch oder auch anderweitig, etwa kultisch oder rhetorisch, angeregt, begrenzt und gestaltet wird.
- Unter „Spezifischem Leistungsvermögen“ versteht man die Besonderheit eines Mediums im Unterschied zu den anderen Medien, sowohl auf die quantitative und qualitative Potenz und Gesetzmäßigkeit bezogen, als auch auf die konkrete Sinnhaftigkeit.
- „Gesellschaftliche Dominanz“ bezieht sich auf die Geschichtlichkeit des Mediums, das als solches und im Verhältnis zu anderen Medien einem permanenten Wandel unterliegt, also entsteht, sich verändert und als Medium auch wieder untergeht. Sie akzentuiert seine wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Steuerungs- und Orientierungsaufgaben.<sup>45</sup>

---

<sup>44</sup> Saxer, 1997, S. 15f

<sup>45</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 18f

### 3.2 Medienmacht

Haben die Medien eine der Staatsmacht vergleichbare Macht, die den Grundprinzipien des liberalen Verfassungsstaats zufolge nach Machtkontrolle verlangt? Diese Frage scheint angesichts der offenkundigen Rolle der Medien bei der Information, der Kommunikation, der Urteils- und der politischen Bewusstseinsbildung in der Massendemokratie eines Flächenstaates zwar banal, ist jedoch nicht unumstritten. Es ist eine übliche Erfahrung, dass Inhaber von Machtpositionen jeder Art, sei es in Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik, eben diese nachdrücklich zu leugnen versuchen. Dies gilt sowohl für alle realen Machtzentren in Verbänden und Kirchen, im Bildungswesen und in kulturellen Institutionen, als auch für sämtliche Medienmanager. Sie schätzen ihren Einfluss auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Geschehen öffentlich eher gering ein.<sup>46</sup>

Medien prägen das Bewusstsein der Bevölkerung heute in einem in der Menschheitsgeschichte vorher nie gekannten Ausmaß. Die Frage nach den Konsequenzen der heutigen Medienbedeutung, nach ihrer Verantwortung wird dem entsprechend oft aufgeworfen. Dies gilt auch für den Bereich des Persönlichkeitsschutzes. Die Allgegenwärtigkeit der Medien, ihre Möglichkeiten, Themen und Aussagen über Personen unwiderruflich öffentlich und nur eingeschränkt widerrufbar zu machen, führen schnell zu einem Gefühl des Ausgeliefertseins und der Wehrlosigkeit. So zeigen Befragungen von Führungskräften aus Wirtschaft und Politik, dass 62 Prozent derjenigen, die bereits Objekt von Medienberichten waren, den Persönlichkeitsschutz für nicht ausreichend halten. Nur 19 Prozent der befragten Führungskräfte hielten es für angebracht, sich im Falle einer unzutreffenden Medienberichterstattung zu wehren. Die Mehrheit plädierte dafür, die Sache besser auf sich beruhen zu lassen. Eine solche Kapitulation scheint bedenklich. Sie ist allerdings bei genauerer Überlegung einleuchtend, da den Möglichkeiten der Medien, den Ruf von Personen, Unternehmen oder Institutionen dauerhaft zu schädigen, sei es

---

<sup>46</sup> Vgl. Rütters, 1999, S. 11

aus Fahrlässigkeit oder beabsichtigt, häufig nicht ausreichend Rechnung getragen wird.<sup>47</sup>

### 3.2.1 Medienfunktionen

#### Information

Sie verbreiten Nachrichten lokal, regional, landesweit, bundesweit wie weltweit und stellen damit rund um die Uhr her, was die Demokratietheorie als Öffentlichkeit bezeichnet. Zugang zu diesem Informationskreislauf bedeutet Zugang zur Öffentlichkeit. Die Medien schaffen also einerseits Öffentlichkeit, andererseits sind sie zugleich in ihren Augen meist das wichtigste Forum der Öffentlichkeit. Daraus lässt sich die Frage ableiten, ob der Zugang zu den Medien den Zugang zur Macht darstellt. Die Antwort muss in diesem Fall ja lauten. Unterschiedliche Medien haben sich bei diesem Informationsgeschäft verschiedene Aufgaben ausgesucht. Während die einen ihr Geschäft mit der *Sozialisierung des Privaten* machen (siehe Boulevard- und Regenbogenpresse), arbeiten andere Mediengeweige mit der suggestiven, nicht selten emotional gezielten *Privatisierung des Öffentlichen*. Das Ziel ist hier allzu oft nur sekundär die Information. Primär geht es darum, den Zuschauer zu erschrecken und ihn von der Existenz bedrohlicher Skandale zu überzeugen, die ihn umgeben. Es kommt nicht auf den realen Sachverstand an, sondern auf das von der Redaktion schon vorpräparierte Ergebnis.<sup>48</sup>

#### Kommunikation

Die Medien sind Instrumente gesellschaftlicher und politischer Kommunikation. In ihnen findet anhand der Verbreitung von Informationen und der Organisation eines Dialogs zwischen Repräsentanten gesellschaftlicher, politischer und kultureller Gruppen ein permanenter öffentlicher Diskurs statt. Dieser betrifft Gegenstände und Themen, die von den Medien als relevant eingeschätzt und ausgewählt werden. Besonders betont muss hier die Auswahlkompetenz der

---

<sup>47</sup> Vgl. Köcher, 1999, S. 28

<sup>48</sup> Vgl. Rütters, 1999, S. 12f

Medien werden. Die verantwortlichen Redakteure entscheiden frei für sich und im Wettbewerb mit anderen Medien, welche Themen behandelt und wie sie gewichtet werden. Besagte Auswahlkompetenz ist sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht von herausragender Bedeutung.<sup>49</sup>

### **Erschaffer von Wirklichkeit**

Medien produzieren ausgewählte Wirklichkeitsbilder, die so in der Realität meist nicht existieren. Sie können weder *die* Wirklichkeit, noch, und schon gar nicht, Objektivität vermitteln. Unvermeidlich geben sie schon durch die Auswahl, Perspektive, Färbung, Beleuchtung, Sprache und Kommentierung mediatisierte, sehr oft künstlich hergestellte Abbilder von Wirklichkeiten vor.<sup>50</sup>

### **Aktionskatalysatoren**

Viele politische Initiativen und Aktionen werden gesellschaftlich wie politisch erst relevant, wenn und weil die Medien ihnen, vor allem ihren Organisatoren und Repräsentanten, die angestrebte Öffentlichkeit verschaffen. Viele solcher Aktionen und Demonstrationen finden nur statt, weil die Medien, nach genau abgestimmtem Terminplan, ihre Mitwirkung vorher zugesagt haben. Dies gilt vor allem für den Auftritt von Prominenten. Man stelle sich eine große Demonstration ohne das Fernsehen vor: Sofort fehlen auch die demonstrierenden Prominenten.<sup>51</sup>

### **Ideologieproduzenten, Zeitgeistverstärker und Bewusstseinsbildner**

Zur Veranschaulichung für das hier Gemeinte wird die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Anstalten über die DDR vor 1989 angeführt. Durch viele Jahre hindurch wurde die DDR als leistungsfähiger Industriestaat dargestellt. Im August 1989 galt er für angeblich Sachverständige in westdeutschen Medien noch als das elft stärkste Industrieland der Welt. Diese Fehleinschätzung hat die Bundesrepublik nach dem Vereinigungsprozess Milliarden gekostet.<sup>52</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. Rütters, 1999, S. 13

<sup>50</sup> Vgl. Rütters, 1999, S. 14

<sup>51</sup> Vgl. Rütters, 1999, S. 15

<sup>52</sup> Vgl. Rütters, 1999, S. 15

Der damalige Chefredakteur des ZDF, Klaus Bresser, schrieb nach der Vereinigung: „Wir schwammen zu lange im *mainstream* mit. Wir waren zu stark ausgerichtet auf die Sichtweisen der Politik und die Lehrmeinungen der Wissenschaft. Wir vertrauten den Autoritäten, aber den eigenen Augen nicht.“<sup>53</sup>

### **Markterschaffer**

Die Medien, speziell die Fernsehanstalten, rufen neue Märkte ins Leben. Hier sei als Beispiel nur der Kampf der Mediengiganten Kirch, Springer, Bertelsmann und Murdoch, bei dem es um die Märkte der neuen Medien geht, genannt. Wenige sind in der Lage, bei diesem Milliardenpoker mitzuspielen. Es bahnen sich Oligopole an, bei denen schon die Kontrolle der Wirtschaftsmacht wenig Chancen auf Erfolg bietet. In anderen Wirtschaftsbereichen hat das Fernsehen die ehemals bescheidenen Märkte aus regionalen und nationalen Grenzen in weltweite Dimensionen gebracht. Erwähnt sei an dieser Stelle der Profisport, der heute alle Arten des Leistungssportes erfasst hat. Von Fußball und Tennis über Golf und Radsport bis hin zu Schifahren und Boxen. Ohne das Fernsehen und seine Werbeeinnahmen fände ein beträchtlicher Teil dieser Veranstaltungen, die wöchentlich viele Stunden die Programme füllen, gar nicht statt.<sup>54</sup>

### **Politischer Machtfaktor**

Die Summe der vorangegangenen realen Medienfunktionen spiegelt zugleich die daraus folgenden Machtkonzentrationen wider. Auch der Kampf aller politischer Gruppen um die Spitzenpositionen in den Medien ist Ausdruck der dort konzentrierten politischen Einflussmöglichkeiten.

### **3.2.2 Die Freiheit der Medienmacht**

Die Entwicklung des Medienpersönlichkeitsrechts in demokratischen Gesellschaften zeigt einerseits die erfreuliche Tendenz zur freiheitlichen öffentlichen Meinungsbildung über Tatsachen und Werturteile ohne inhaltliche

---

<sup>53</sup> Bresser zitiert in: Rütters, 1999, S. 15

<sup>54</sup> Vgl. Rütters, 1999, S. 16

Einschränkung, macht aber deutlich, dass der Wettbewerb freier Meinung auch eines Mindestmaßes an Fairness-Regeln bedarf und dass der Schutz der Subjektstellung der einzelnen betroffenen Persönlichkeit noch nicht immer gewährleistet bleibt. Es kann im Allgemeinen nicht die Sache staatlicher Gerichtsbarkeit sein, verbindliche Maßstäbe für die soziale Achtung einer Persönlichkeit zu setzen. Jedoch ist es Aufgabe staatlichen Rechtsschutzes, dem Bürger das Instrumentarium zu gewähren, seine Vorstellung eigener Identität in freie öffentliche Meinungsbildung einzubringen. Wer selbst vom freien Wort und öffentlichen Gehör lebt, soll beides auch dem anderen gönnen.<sup>55</sup>

Nicht nur die Medien haben Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft, auch die Gesellschaft hat Verantwortung für die Entwicklung der Medien. Wer in den Medien eine schnell verderbliche Konsumware sieht, wird genau das geboten bekommen. Wer nicht kritisch liest und zuhört, auf Präzision besteht, zwischen gutem und schlechtem Journalismus unterscheidet, fördert im Journalismus den Grundsatz *Es kommt nicht so darauf an*. Der Trend zur Oberflächlichkeit ist auf beiden Seiten überdeutlich, sowohl bei den Medien als auch in ihrem Publikum. Sorgfältige Recherchen und die differenzierte Analyse kommen zu kurz. Die Medien werden immer stärker zu einem selbstreferenziellen System, das heißt sie beziehen immer mehr Informationen selbst aus Medien, anstatt sich aus erster Hand zu informieren. Medienvielfalt bedeutet nicht automatisch eine Verbesserung der Information. Quantität und Qualität klaffen immer weiter auseinander. Medien und Gesellschaft müssen gemeinsam daraufhin arbeiten, die Ansprüche an die Medien zu erhöhen, an ihre Recherche, die Qualität ihrer Informationsleistung und nicht zuletzt den verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Einfluss.<sup>56</sup>

Inzwischen sind die Medien zu einem Machtfaktor geworden, dessen Freiheit in kaum einer Hinsicht beschränkt ist. Sie können allerdings sehr wohl in die Freiheiten, ja in die Existenz anderer eingreifen. Macht und Freiheit der Medien

---

<sup>55</sup> Vgl. Stürner, 1999, S. 104

<sup>56</sup> Vgl. Köcher, 1999, S. 28ff

sind weder begrenzt noch scheinen sie begrenzbar. Sie können Schäden zufügen, die hinterher nicht einmal durch Gerichtsbeschlüsse reparabel sind. Im Gegenteil, die so genannten *Mächtigen* brauchen die Medien als Sprachrohr und Verstärker ihrer Anliegen. Für Erfolg oder Misserfolg wirtschaftlicher, kultureller wie gesellschaftlicher Aktivitäten ist es entscheidend, ob sie von den Medien wohlwollend angenommen, systematisch kritisiert oder tot geschwiegen werden. Die Politik ist großteils davon abhängig, was und wie über sie berichtet wird. Die Frage, wie sie bei den Medien ankommt, ist oft bedeutsamer geworden, als die nach Inhalt und Programm. Das soziale, sittliche und sprachliche Verhalten wird durch die in den Medien vermittelten Anschauungen und Vorbilder bestimmt. Die Medien haben Macht, Trends zu verstärken. Neben ihrer Macht, Lügen zu enthüllen, haben sie leider auch die Möglichkeit, manipulierend in Geschehnisse einzugreifen.<sup>57</sup>

Niemand bezweifelt heute mehr die Medienmacht. Es gibt sie eben. Der Konsument kennt sie, die Medien selbst wissen genau um ihre eigene Machtposition und üben diese nicht selten exzessiv aus. Sie enthüllen zwar, aber sie skandalisieren auch. Sie informieren, sie machen aber auch keinen Rückzieher vor Medienjustiz. Zudem hat der so genannte *Schlüssellochjournalismus* um sich gegriffen, so dass heute kaum eine Führungspersönlichkeit vor Nachstellungen in ihrem Privatbereich sicher sein kann. Gegen den Schaden, den ein Journalist anzurichten vermag, gibt es erschreckender Weise keine wirksame Abhilfe. Es gehört zur Aufgabe eines jeden Journalisten, den Ethos zu entwickeln, der ihn davon abhält, jemandem schaden zu wollen. Ob ein Journalist morgens noch in den Spiegel sehen kann oder nicht, hängt allein von seinem Charakter ab. Eine Tatsache, die alles andere als beruhigend ist.<sup>58</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl. Ziegler, 1998, S. 22f

<sup>58</sup> Vgl. Ziegler, 1998, S. 23

### 3.3 Medien und Politik

Das Verhältnis von Politik und Medien ist einmal gekennzeichnet durch das, was die Medien vor allem tun, nämlich die Lebenswirklichkeit, in der wir uns bewegen, darzustellen, dem Menschen Kenntnis und Information zu vermitteln. Information über Meinungen den Handlungsbedarf der Politik betreffend, meint alles das zu beschreiben, was mit Handlungsbedarf zusammenhängt oder aus dem sich Handlungsbedarf ergibt. Es ist dies eine besonders kritische und wichtige Funktion der Medien, zumal sie bei der Auswahl dessen, was sie als dringlich, als bedeutsam, als Handlungsbedarf auslösende Realität beschreiben, selektieren müssen. Medien setzen Schwerpunkte, sie definieren Dringlichkeiten, sie bestimmen in einem wesentlichen Umfang die gesellschaftliche Agenda.<sup>59</sup> An der politischen Bedeutung dieses Agenda- Setting gibt es keinen Zweifel. Medien stellen Politik nicht nur dar, sondern gleichzeitig und untrennbar auch her.<sup>60</sup> Insofern sind die Medien nicht nur Vermittler von Fakten und Meinungen, sondern sie gestalten sie selbst. Diese mitgestaltende Funktion ist zumindest im weiteren Sinne des Wortes politische Funktion. Besonders bei den stark von Mehrheiten und Mehrheitsfähigkeit abhängigen politischen Parteien ist beobachtbar, welche Bedeutung die Definition von Dringlichkeiten in Schwerpunkten durch die Medien für das politische Handeln hat. Das, was durch die Medien in der Bevölkerung und Vorstellung über das gesellschaftliche Leben befördert wird, hat einen ganz entscheidenden Rückeinfluss auf unsere eigenen Prioritäten. Die Medien sind auch maßgeblich beteiligt an der Bewertung politischen Handelns, was eine der zentralen Funktionen der Pressefreiheit darstellt: die Kritikfunktion.<sup>61</sup>

Der Blick eines Politikers auf die Wirklichkeit ist der Blick durch die Brille der Macht und Machterhaltung. Es ist aber auch ein Blick, gefördert durch die Beratung organisierter Interessen und deren Einfluss auf das politische Handeln. Dieser Blick eröffnet zwar einen Ausblick auf die Wirklichkeit, aber es ist nur eine Teilwirklichkeit. Wesentliche Teile der Wirklichkeit werden dabei nicht erfasst.

---

<sup>59</sup> Vgl. Biedenkopf, 1991, S. 15

<sup>60</sup> Faulstich, 2004, S. 58

<sup>61</sup> Vgl. Biedenkopf, 1991, S. 15

Konkretes politisches Handeln wirkt sich jedoch in der realen Wirklichkeit aus, nicht in dem, was man sich davon vorstellt. Je größer die Kluft ist zwischen dem, was man sich über die Wirklichkeit vorstellt, und dem was sie tatsächlich ist, umso weniger zielgenau ist politisches Handeln, umso weniger vorhersehbar sind seine Folgen.<sup>62</sup>

Was das Verhältnis von Medien und Politik betrifft, so spielt die Frage ‚Wirklichkeit oder Scheinwirklichkeit?‘ eine große Rolle. Es gibt ein Phänomen, dass die Menschen Sachverhalte umso pessimistischer beurteilen, je allgemeiner sie sind. Z.B.: Die Sicherheit in meiner Straße ist „hervorragend“, in meinem Ort „sehr gut“, in der Region, in der ich lebe „ganz in Ordnung“, im ganzen Land „lässt sie zu wünschen übrig“. Es existiert eine Diskrepanz zwischen Eigenerfahrung und Erfahrung über die Wirklichkeit des Ganzen. Eine solche Diskrepanz ist gefährlich, wenn politisches Handeln auf ihr aufbaut und deshalb muss sie abgetragen werden, wogegen sich die Besitzstände, welche sich in der alten Wirklichkeit entwickelt haben und in der neuen Wirklichkeit ihre Legitimation verlieren würden (wie etwa Versorgungsbesitzstände, Subventionsbesitzstände oder Erhaltungsbesitzstände) tatkräftig zur Wehr setzen. Sie wehren sich gegen die Aufdeckung der neuen Wirklichkeit. Zu den wichtigsten Aufgaben der Medien gehört es, die Wirklichkeit zu erforschen, sie darzustellen sowie dazu beizutragen, dass es über die heutige und zukünftige Entwicklung der Gesellschaft entweder einen Konsens gibt oder sich derselbe entwickeln kann. Die Überwindung von damit zusammenhängenden Widerständen politischer wie gesellschaftlicher Natur ist ein wichtiger Teil der medialen Kritikfunktion. Die Aufklärungspflicht der Medien und ihre kritische und kontrollierende Funktion gehören zusammen.<sup>63</sup>

Geht es um die Klärung der Abhängigkeiten zwischen Medien und Politik, so gilt es hier zwei Thesen zu unterscheiden: Nach der Dependenzthese ist die Politik abhängig von den Medien, was bedeutet, dass die Autonomie der politischen

---

<sup>62</sup> Vgl. Biedenkopf, 1991, S. 17

<sup>63</sup> Vgl. Biedenkopf, 1991, S. 19

Institutionen gestärkt werden muss. Die Instrumentalisierungsthese dagegen besagt, dass die Medien von der Politik abhängig sind und ihre Autonomie als Artikulationsinstrument der Interessen der Bevölkerung verbessert werden muss.<sup>64</sup> Es verstärkt sich der Eindruck, dass in Auflösung der Grenzen zwischen Politik und Medien mittlerweile ein Zusammenschluss beider Systeme entstanden sein könnte. Die politischen Handlungsräume werden real immer deutlicher durch die Personalisierung bei der medialen Darstellung und durch die zunehmende Dominanz von Tagesaktualität und Ereignisorientierung eingegrenzt.<sup>65</sup> Aus diesem Grund gewinnt gegensätzlich zu Dependenz- und Instrumentalisierungsthese die Interdependenzthese zunehmend Anhänger: Das politische System und das Mediensystem scheinen in vielfältigen Formen gegenseitiger Abhängigkeit bis hin zur „Symbiose“ (wie Ulrich Saxer es ausdrückt) untrennbar miteinander verknüpft zu sein.<sup>66</sup> Die Extremthese Fritz Plassers von einer Verschmelzung zu einem einzigen „Supersystem“, in welchem sowohl das politische, als auch das Mediensystem jegliche Autonomie verlieren, übersieht jedoch, dass es sich bei Politik und Medien um ganz unterschiedliche Ordnungsarten handelt, die sich niemals gänzlich decken können.<sup>67</sup>

Der enge Zusammenhang zwischen politischer Macht und Medienmacht wird bevorzugt an anderen Themen diskutiert: Die Auftritte der politischen Akteure, die immer öfter von Selbstdarstellung bestimmt werden, erhalten Ritualcharakter und gehorchen dem Aufmerksamkeitssyndrom. Die Massenmedien politisieren nicht mehr im Sinne einer Anregung des einzelnen zu organisierter Aktivität für das Gemeinwesen. Auch vermitteln sie immer weniger gesellschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe. Sie schärfen nicht mehr Problembewusstsein und Kritikfähigkeit und lassen die Diskussion um Zielvorstellungen und Utopien über Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens längst nicht mehr zu. Statt dessen sind sie nur noch an Personen, Themen und Funktionsaspekten interessiert. Die Medien stellen die Lösung praktischer

---

<sup>64</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 51

<sup>65</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 58f

<sup>66</sup> Vgl. Saxer, 1981, S. 502ff

<sup>67</sup> Vgl. Plasser, 1985, S. 10

Verwaltungsprobleme, die Bearbeitung systembedingter Sachzwänge, die Automatismen, Images und inszenierten Shows der politischen Klasse klar in den Vordergrund. Der politische Wettbewerb verdünnt sich zur Konkurrenz um Medienpräsenz von Politikern. Dabei werden Politiker, Journalisten, PR-Experten und Moderatoren zu vergleichbaren Akteuren auf dieser Bühne. Bei spektakulären Programmformaten und erfolgreichen Samstag-Abend-Unterhaltungsshows wird Publizität erpresst oder erschlichen, dienen Journalismus und Unterhaltung als Überbringer von Botschaften, werden Politiker zu Helden oder Vermittlern und Moderatoren zu den Stars inszenierter Lifesoaps: *parasitäre Publizität*.<sup>68</sup> Die Selbstinszenierung wandelte sich zur *symbiotischen Ko-Inszenierung*, zum variablen Zusammenwirken zwischen den Inszenierungsangeboten der Politik und dem, was die Schlussinszenierung der Medienakteure daraus macht.<sup>69</sup> Politik wird tendenziell nicht mehr im Parlament gemacht, sondern im Fernsehen und bei Talkshows. Die politische Nachricht erscheint als inszeniertes Ereignis.<sup>70</sup>

Die allgemeine Politikverdrossenheit scheint wenigstens teilweise auch eine Reaktion auf die Skandalflut auf der politischen Bühne der Medienöffentlichkeit zu sein. Enthüllungsjournalismus zwingt den Normalverbraucher in die Rolle eines Voyeurs, der an seriöser Politik gar nicht mehr interessiert ist. Die Zunahme von Unterhaltungsprogrammen etwa im Fernsehen bzw. die Zunahme der Nachfrage nach Entertainment bei den Nutzern zeigt eine markante und zunehmende Abkehr von Politik an (*Videomalaise*).<sup>71</sup> Mediendemokratie entwickelt sich dann zur „Mediokratie“<sup>72</sup>, wenn Politik und Massenmedien sich in der Tendenz zur Orientierung auf dem breitesten gemeinsamen Nenner vereinen und eine zunehmend nach unten entgleitende Mittelmäßigkeit erzeugen, aus der vor allem zweierlei entsteht: Infantilisierung und Anästhetisierung.<sup>73</sup>

---

<sup>68</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 59

<sup>69</sup> Vgl. Meyer, 2001, S. 143

<sup>70</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 59

<sup>71</sup> Vgl. Faulstich, 2004, S. 59

<sup>72</sup> Meyer, 2001, S. 11

<sup>73</sup> Vgl. Meyer, 2001, S. 149

## 4 Tageszeitungslandschaft in den USA und in Österreich

### 4.1 Das Medium Zeitung

Die sprachgeschichtliche Wurzel des Wortes *Zeitung* gründet im Angelsächsischen des 13. Jahrhunderts: *tidan* heißt *sich in der Zeit ereignen*. Ursprünglich bedeutet *Zeitung* Botschaft, Kunde oder Nachricht von einem Ereignis in der Gegenwart. Die Zeitung wird gegenüber anderen Medien nach traditionellen Theoriekonzepten und in Anlehnung an Groth durch die folgenden vier medienspezifischen Charakteristika definiert:

- Publizität, d.h. Öffentlichkeit und allgemeine Zugänglichkeit
- Aktualität, d.h. Gegenwartsbezogenheit bzw. Zeitnähe
- Periodizität, d.h. Regelmäßigkeit, wiederkehrendes Erscheinen
- Universalität, d.h. inhaltliche Vielfalt, thematische Offenheit<sup>74</sup>

Diesen klassischen Kriterien können abgrenzend zu den elektronischen Medien Hörfunk und Fernsehen noch zwei weitere Merkmale hinzugefügt werden, die durch die Digitalisierung und Computerisierung (Online-Zeitung) jedoch als Zeitungsspezifische Eigenschaften an Trennschärfe verloren haben. Es sind dies:

- Disponibilität, also freie Verfügbarkeit nach Zeit und Ort
- Fixierung in Schrift und Druck<sup>75</sup>

Das privatwirtschaftlich organisierte Zeitungswesen gilt in freiheitlich-demokratischen Systemen als ein Teil der Öffentlichkeit, welcher informiert, meinungsbildend wirkt, unterhält, kritisiert und das rechtmäßige Handeln von Regierung, Parlament, Verwaltung, Rechtsprechung und anderen öffentlichen Institutionen kontrolliert. In welcher Intensität eine einzelne Zeitung diese

---

<sup>74</sup> Schaffrath, 2004, S. 484

<sup>75</sup> Vgl. Schaffrath, 2004, S. 484

gesellschaftlichen Funktionen wahrnehmen kann, hängt sowohl von ihrem Typ und ihrer individuellen Zweckbestimmung, als auch von den Absichten des Herausgebers und dem angesprochenen Publikum ab.<sup>76</sup>

Je nach Merkmal lassen sich verschiedene Arten und Typen von Zeitungen differenzieren. Nach den Merkmalen der Periodizität und Aktualität sind Tageszeitungen von Wochenzeitungen und Sonntagszeitungen zu trennen. Anders als die tagesaktuell ausgerichteten Tageszeitungen bringen die Wochenzeitungen weniger Nachrichten, bemühen sich dafür aber um ausführliche Analysen, Hintergründe, Diskussionen und Kommentare und ordnen aktuelle Themen in größere Zusammenhänge ein. Nach den Kriterien der Publizität und dem Verbreitungsgebiet kann man zwischen Lokal- und Regionalzeitungen sowie überregionalen und nationalen Zeitungen unterscheiden. Was die Distribution betrifft, so sind Abonnementzeitungen von Straßenverkaufszeitungen (wie Abend- oder Morgenzeitungen) zu trennen. Überdies kann man nach inhaltlichen Merkmalen Nachrichtenblätter, Generalanzeiger, Wirtschaftszeitungen, Parteizeitungen, Kirchenblätter usw. voneinander abgrenzen. Bezüglich geographischer Standorte werden Provinz- oder Heimatzeitungen von anderen Zeitungen getrennt. Einen Sonderstatus nehmen die kostenlos verteilten, aus Inseraten finanzierten und publizistisch sehr unterschiedlich qualitativen Anzeigenblätter ein.<sup>77</sup>

Die fünf klassischen Ressorts einer Zeitung sind Politik, Wirtschaft, Feuilleton, Sport und Lokales. Neben den unbedingt erforderlichen Inseraten und Werbeanzeigen etablieren sich im Zuge der Spezialisierung weitere thematische Schwerpunkte wie z.B. Reise, Medizin, Auto und Verkehr, Frau und Mode, Kinder-, Schüler- oder Studentenseiten, Heimatkunde, usw. Von zunehmender Relevanz ist der Ausbau der Fernsehprogrammseite zur Medienseite und der damit verbundene Aufbau eigenständiger Medienressorts und Medienredaktionen. Die journalistische Themenaufbereitung erfolgt in

---

<sup>76</sup> Vgl. Schaffrath, 2004, S. 484

<sup>77</sup> Vgl. Schaffrath, 2004, S. 485f

verschiedenen Darstellungsformen. Hierbei differiert man zwischen informierenden Stilmitteln (Kurzmeldung, Nachricht, Bericht, Reportage, Interview), meinungsäußernden Stilmitteln (Kommentar, Glosse, Kritik oder Rezension, Leserbrief) und unterhaltenden Stilmitteln (Roman, Kurzgeschichte, Anekdote, Comic strip, Witz, Gedicht). Die neuere Zeitungsforschung hat nachgewiesen, dass mittlerweile immer häufiger Mischformen zwischen den einzelnen Darstellungsformen anzutreffen sind. Der journalistische Grundsatz *Comment is free, facts are sacred*, die charakteristische Trennung von Information und Meinungsäußerung, wird immer stärker vernachlässigt. Dieser Trend ist besonders, aber nicht nur, bei Boulevardzeitungen zu beobachten.<sup>78</sup>

Die Zeitungsproduktion der Redaktionen basiert auf unterschiedlichen Quellen von Nachrichtenagenturen, Pressestellen bzw. PR-Abteilungen und eigener Recherche. Der Nutzungsgrad besagter Quellen ist nicht nur von Zeitung zu Zeitung, sondern auch von Redaktion zu Redaktion verschieden. Insgesamt kann festgestellt werden, dass Zeitungsredakteure immer seltener selbst Themen recherchieren, sondern statt dessen die auf dem Informationsmarkt angebotenen Meldungen, Texte und Materialien auswählen (Selektion), den Erwartungen ihrer jeweiligen Zielgruppe anpassen (Transformation) und anschließend kürzen oder zusammenfassen (Komprimierung). Heute arbeiten fast alle Tageszeitungen mit so genannten Redaktionssystemen, d.h. vernetzten Computern, an denen die Redakteure nicht nur Beiträge bearbeiten, sondern diese auch für den Satz aufbereiten können. Desgleichen werden die Angebote der Nachrichtenagenturen über Datenleitungen als Computerdateien überliefert, so dass sie von den Redakteuren unmittelbar ausgebessert, aber auch unbearbeitet weitergegeben werden können. Die Informationsquelle Internet bietet den Zeitungsredakteuren zusätzliche flexible Möglichkeiten der Recherche. Dem Vorteil höherer Aktualität steht die Gefahr der ungeprüften Publizierung von Falschmeldungen direkt gegenüber. Der Redakteur entwickelt sich immer mehr zum Textverarbeiter am Bildschirm. Die Nachrichtenagenturen sind für Zeitungsredaktionen das wichtigste externe Informationssystem. Sie sammeln

---

<sup>78</sup> Vgl. Schaffrath, 2004, S. 485f

Informationen, ordnen sie nach Prioritäten und produzieren Meldungen, die sie an die Redaktionen verkaufen.<sup>79</sup>

Weitere wichtige Quellen für Zeitungen sind die Pressemitteilungen und PR-Verlautbarungen, welche Regierung, Parteien, Non-Profit-Organisationen wie Behörden, Verbände, Kulturbetriebe, Kirchen oder karitative, politische und sportliche Vereinigungen und die kommerziellen Unternehmen aus Industrie, Handel, Banken und Versicherungen veröffentlichen. Die Medien im Allgemeinen und die Zeitungen im Speziellen profitieren wesentlich von den interessenspezifischen Informationsleistungen der PR, um nicht zu sagen dass sie von ihnen abhängig sind. Je nach Redaktionsstärke und Auflagengröße basieren zwischen der Hälfte und zwei Drittel aller Zeitungsartikel auf Quellen der Public Relations. Da selbstständige Recherchen teuer sind, stellen sie je nach Größe der Redaktion nur noch eine tertiäre Informationsquelle im Zeitungsjournalismus dar.<sup>80</sup>

An dieser Stelle soll näher auf den Begriff der bereits im Titel angeführten *Qualitätszeitung* eingegangen werden. Eine allgemeine Definition dieses inzwischen gebräuchlichen Terminus existiert nicht, weshalb hier Einschätzungen und Erklärungen von Männern ihres Faches wiedergegeben werden.

Uwe Vorkötter, Chefredakteur der *Berliner Zeitung* und Romanus Otte, Ressortleiter für Politik und Wirtschaft der *Financial Times Deutschland*, sind sich einig darüber, dass eine Qualitätszeitung sich durch ihr unverwechselbares Profil, ja einen eigenen Charakter auszeichnet, der sowohl im Selbstverständnis der Redaktion als auch in der Wahrnehmung des Blattes auf dem Lesermarkt zum Ausdruck kommt. Sie pflegt ihren eigenen Stil, sowohl in ihren Texten als auch in ihrer Mischung und Optik. Wo immer es geht, berichtet sie aus eigener Anschauung. Sie übernimmt nicht einfach beliebige Informationen von Nachrichtenagenturen, sondern analysiert und kommentiert nach eigener

---

<sup>79</sup> Vgl. Schaffrath, 2004, S. 499

<sup>80</sup> Vgl. Schaffrath, 2004, S. 499f

Abwägung. Qualitätszeitungen verfolgen eigene, hohe Ansprüche im Dienste ihrer Leser. Auch für Bernd Ziesemer, Chefredakteur des *Handelsblatt*, liegt die Qualität einer Zeitung in ihrer ausführlichen Recherche, was die Fakten betrifft und genauer Sachkenntnis, wenn es um Analysen geht. Dieter Stolte, Herausgeber der Zeitung *DIE WELT*, betont in Zusammenhang mit Qualität die Beachtung journalistischer Grundregeln wie der Trennung von Nachricht und Kommentar, Zuverlässigkeit der Informationen und daraus resultierender Glaubwürdigkeit der Aussagen, Genauigkeit in der Sprache, Übersichtlichkeit des Layout, Originalität und Nachhaltigkeit der Themen, gut recherchierter eigener Geschichten und der Pflege der Reportage als Königsdisziplin des Journalismus.<sup>81</sup> Abschließend sei noch Uwe Knüpfer, ehemaliger Chefredakteur der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*, zitiert: „Eine Qualitätszeitung ist seriös, verlässlich, aktuell und hintergründig, redet niemandem nach dem Mund und genießt zu Recht das Vertrauen der Leser.“<sup>82</sup>

## 4.2 Tageszeitungen in den USA

Ihre Pressegeschichte wies den Vereinigten Staaten lange Zeit eine Avantgarde-Rolle zu. Erste Zeitungen entstanden bereits in der Kolonialepoche. Als älteste Publikation gilt das Blättchen *Publick Occurences Both Foreign and Domestick*, welches einmalig 1760 in Boston erschien. In der Phase der Revolution und des Unabhängigkeitskrieges war die Presse schon weit entwickelt und für ihre kritische Haltung gegenüber den britischen Kolonialherren bekannt. Steigende Kaufkraft und allgemeine Lesefähigkeit gingen ab 1830 Hand in Hand mit der Erscheinung moderner Massenpresse, so genannten One-Penny-Blättern, deren erstes *The Sun* war.<sup>83</sup>

---

<sup>81</sup> Vgl. o.V., 22.04.2005, 2, Initiative Qualität – Qualität im Journalismus, <http://www.initiative-qualitaet.de/umfrage2003.html>

<sup>82</sup> Vgl. o.V., 22.04.2005, 2, Initiative Qualität – Qualität im Journalismus, <http://www.initiative-qualitaet.de/umfrage2003.html>

<sup>83</sup> Vgl. Kleinsteuber, 2002, S. 960

Neue Entwicklungen in Technik und Vertrieb, Journalismus, Marketing und Management wurden in der Regel zuerst oder zumindest gleichzeitig mit Europa in den USA aufgegriffen. Erwähnt seien hier die erste Gründung einer Nachrichtenagentur auf Basis des (in Amerika erfundenen) Telegraphen, *Associated Press* (Vorläufer seit 1848), der erste Einsatz automatischer Setzmaschinen (Linotype ab 1886) und der Einsatz fotografischer Abbildungen und Comics (ab 1889). Der erste Zeitungsmogul war ebenfalls ein Amerikaner. William Randolph Hearst (1863-1951), der mit Sensationen Geschäfte machte, verwendete seine Zeitungen gekonnt zur Förderung eigener politischer Ambitionen. Sein großer Widersacher war Joseph Pulitzer (1847-1911), der die Betonung immer wieder auf die ethischen Wurzeln des eigenen Gewerbes legte. Er gab den Anstoß zur Gründung der *Columbia School of Journalism* (Modell für viele weitere Journalistenschulen) und stiftete den nach ihm benannten Preis, welcher jährlich von der Columbia University verliehen wird. Marktkräfte bestimmten wiederholt die Medienentwicklung, so dass die Presse entthront wurde, was zuerst mit dem Aufstieg des Hörfunks nach dem ersten Weltkrieg begann und dann seine Fortsetzung mit dem Siegeszug des Fernsehens nach dem Zweiten Weltkrieg fand. Seitdem sind die Druckmedien auf dem Rückzug.<sup>84</sup>

Die heutige Zeitungslandschaft der USA ist von Stagnation geprägt. Seit 1960 pendelt die Gesamtauflage aller Tageszeitungen um 60 Millionen, wobei in den letzten Jahren (trotz wachsender Bevölkerung) ein leichter Rückgang bemerkbar ist. Die US Presse ist lokal konstituiert, sie orientiert sich an Ballungszentren und deren Umland, was schon daran erkennbar ist, dass fast alle Zeitungen den Erscheinungsort im Titel führen. Diese Lokalität hatte einst vor allem technische Gründe, da in dem großen Land eine nationale Verbreitung aktueller Zeitungsprodukte nicht zu sichern war. Erst in den 70er Jahren wagte das *Wall Street Journal* die zeitgleiche Produktion in verschiedenen Landesteilen, der Drucksatz wurde über Satellit übertragen. Inzwischen wird eben diese Technik auch für andere Zeitungen eingesetzt, wie z.B. für die legendäre *New York Times*, die in komprimierter Form an vielen Orten erhältlich ist. 1981 wurde mit

---

<sup>84</sup> Vgl. Kleinsteuber, 2002, S. 960f

*USA Today* die erste nationale Zeitung entworfen, die sich in erster Linie an reisende oder nicht ortsgebundene Amerikaner wendet und sofort ein Erfolg wurde. Dennoch gilt auch heute, dass Tageszeitungen in überwältigender Zahl lokal sind, dass die international bekannten Zeitungen wie *The New York Times* oder die Hauptstadtpostille *The Washington Post* außerhalb der Zentren kaum durch ihr Zugegensein, sondern allenfalls durch den Nachdruck ihrer Leitartikel und Kommentare präsent sind (syndicated news).<sup>85</sup>

Die Dezentralität der Zeitungslandschaft wirkt sich auch auf die Auflagenhöhen aus. Trotz der Größe des Landes erreicht keines der Presseorgane die Auflagenhöhe der deutschen *Bild Zeitung* (vier Millionen) oder anderer europäischer Boulevardzeitungen. Die große Zahl unabhängig erscheinender Zeitungen (ungefähr 1.750) sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach jahrzehntelangen Prozessen von Verdrängung und Fusionen die Märkte heute hoch konzentriert sind. Auf nur 1,3 Prozent der Zeitungsmärkte herrscht heute noch echte Konkurrenz; dies betrifft 19, vorwiegend große Städte. Weiter zählt ein Großteil der Zeitungen heute zu nationalen oder regionalen Ketten, wie etwa Knight-Rider, Gannett, Newhouse oder Scripps Howard. Gannett besitzt nicht nur um die 80 Zeitungen, sondern kontrolliert auch Radio- und Fernsehstationen, eine Werbeagentur und andere mediennahe Aktivitäten.<sup>86</sup>

Rund 78 Prozent der erwachsenen US-Bevölkerung greifen zumindest einmal pro Woche zu einer Zeitung. 47 Prozent davon lesen ausschließlich lokale, 17 Prozent auch nationale Publikationen.<sup>87</sup> Seit einigen Jahren ist eine unverkennbare Krisenstimmung im Pressesektor zu vermelden, da wesentliche Medienfunktionen an das Fernsehen übergegangen sind. Die Zeitungen versuchen dem durch einen strikten *business approach* entgegenzuwirken: der Rationalisierung in der Produktion sowie redaktioneller Öffnung gegenüber Werbekunden. Die journalistische Arbeit muss zwangsläufig darunter leiden.

---

<sup>85</sup> Vgl. Kleinsteuber, 2002, S. 961

<sup>86</sup> Vgl. Kleinsteuber, 2002, S. 961

<sup>87</sup> Vgl. McCauley/Nesbitt, 12.09.2005, 3,

<http://www.readership.org/consumers/rbs/data/rbs2005.pdf> (S.14)

Hinzu kommt, dass faktisch alle nationalen und internationalen Informationen aus sehr wenigen Quellen kommen, nämlich insbesondere von den beiden Nachrichtenagenturen AP (Associated Press) und UPI (United Press International). Von ihnen beziehen 99 Prozent der täglich berichtenden Nachrichtenmedien ihre Informationen. Ferner sind die oben erwähnten Agentur- und Artikeldienste der großen Zeitungen zu nennen, so dass vor allem bei den kleineren Zeitungen die meisten überregionalen Berichte von wenigen Agenturen stammen (bis zu 80 Prozent) und eine erstaunlich hohe Homogenität bei der aktuellen Berichterstattung zu beobachten ist.<sup>88</sup> Dieses Problem der stetigen Entwicklung zu einem selbst-referenziellen und Agentur-lastigen Mediensystem wurde bereits in den Abschnitten 3.2.2 und 4.1 angesprochen.

### 4.3 Tageszeitungen in Österreich

Die schlichten Worte „Die Freiheit der Presse ist gewährleistet“ des Artikel 1 des Bundesgesetzes vom 7. April 1922 über die Presse war bis Ende 1981 gültig. Das mit 1. Januar 1982 in Österreich in Kraft getretene Mediengesetz präziserte und erweiterte diese Pressefreiheit in seiner Präambel mit den Worten: „Dieses Bundesgesetz soll zur Sicherung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Information die volle Freiheit der Medien gewährleisten. Beschränkungen der Medienfreiheit, deren Ausübung Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, sind nur unter den im Art. 10 Abs. 2 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten bezeichneten Bedingungen zulässig.“<sup>89</sup> Freiheit der Meinung bedeutet die Freiheit, Nachrichten ohne das Eingreifen öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen zu empfangen oder mitzuteilen. Dieses Grund- und Menschenrecht auf individuelle Denk-, Rede- und Schreibfreiheit wurde Diktatoren und Herrschern in schweren Kämpfen immer wieder abgezwungen.<sup>90</sup>

---

<sup>88</sup> Vgl. Kleinsteuber, 2002, S. 961f

<sup>89</sup> Ziegler, 1998, S. 17

<sup>90</sup> Vgl. Ziegler, 1998, S. 17f

In der tausendjährigen Geschichte Österreichs ist die Pressefreiheit relativ jung. Im großen und ganzen ist sie großzügig gerechnet erst 157 Jahre alt, denn es gab sie damals nur für sehr kurze Zeit. Sie war ein erstes zartes Pflänzchen der Märzrevolution 1848. In der *Provisorischen Vorschrift* vom 31. März 1848 wurde erstmals eine Pressefreiheit festgelegt. Der Jubel war damals bereits groß, aber erst die liberale Gesetzgebung des außen- wie innenpolitisch, sowohl für Österreich wie für Preußen, spannenden Jahres 1887 führte zu einem eindeutigen Beschluss der Verfassungsgesetze über die Grundfreiheiten.<sup>91</sup> In Art. 13 des Gesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger heißt es dazu: „Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. Die Presse darf weder unter Zensur gestellt, noch durch das Konzessionssystem beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung.“<sup>92</sup> Damit war für die österreichisch-ungarische Monarchie die Pressefreiheit bis in die Gegenwart als Grundrecht etabliert, welches in Art. 10 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten mit internationaler Wirksamkeit festgehalten wird.<sup>93</sup>

In Österreich erfolgte der bedeutende Schritt zur Demokratie besonders markant. Noch bevor im November 1918 die erste republikanische und demokratische Verfassung festgeschrieben war, wurde schon im Oktober zuvor in einem der ersten Staatsgesetze der neuen Republik festgelegt und verkündet: „Jede Zensur ist als dem Grundrecht der Staatsbürger widersprechend und rechtsungültig aufgehoben.“<sup>94</sup> Dennoch muss festgehalten werden, dass Österreich die Methoden von Zensur, Propaganda, Parteipresse und Dissidentenverfolgung aus faschistischen, feudalen oder theokratischen Diktaturen, wie etwa dem Hitler-Regime (Anm. der Autorin), bekannt sind.<sup>95</sup>

---

<sup>91</sup> Vgl. Ziegler, 1998, S.18f

<sup>92</sup> Ziegler, 1998, S. 19

<sup>93</sup> Vgl. Ziegler, 1998, S. 19

<sup>94</sup> Ziegler, 1998, S. 19

<sup>95</sup> Vgl. Ziegler, 1998, S. 19f

In den letzten Jahren war die österreichische Zeitungslandschaft erheblichen Strukturveränderungen ausgesetzt. Aufgrund einer mangelnden Kartellgesetzgebung war es möglich, dass deutsche Verlage wie der Axel-Springer-Verlag, der WAZ-Konzern, Gruner + Jahr oder der Holtzbrinck-Verlag sich in großem Maße an den österreichischen Medien beteiligten. Schon im Jahr 1987 bzw. 1988 beteiligte sich der WAZ-Konzern mit zunächst 45 Prozent am *Kurier*, sowie 50 Prozent an der *Neuen Kronen Zeitung* und gründete mit beiden die *Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlags ges.m.b.H.&Co KG*, die Vertrieb, Druck und Anzeigenakquisition für beide organisiert. 1988 beteiligte sich der Axel-Springer-Verlag mit 50 Prozent an der Neugründung der Tageszeitung *Der Standard*, von der er sich inzwischen jedoch wieder zurückgezogen hat. Nach der Fusion der Verlagsgruppen *News* und *Mediaprint* im Jahr 2001 liegen fast 60 Prozent des österreichischen Tageszeitungsmarktes in den Händen einer einzigen Firma.<sup>96</sup>

Weitere Charakteristika der österreichischen Zeitungslandschaft sind neben der starken Konzentration die dominante Rolle der *Kronen Zeitung* mit einer Reichweite von 43,3 Prozent, aber auch die Tatsache, dass die drei reichweitenstärksten Zeitungen (*Kronen Zeitung*, *Kleine Zeitung* mit 12,6 Prozent Reichweite und *Kurier* mit 11,1 Prozent Reichweite) fast zwei Drittel der Gesamtauflage aller Tageszeitungen abdecken. Die *Neue Kronen Zeitung* ist an der Reichweite gemessen eine der größten Tageszeitungen der Welt. Sie hat mit 2,9 Millionen Lesern mehr Leser als die fünf nächstgroßen Zeitungen, zu denen *Der Standard* und *Die Presse* gehören, zusammen. 1946 gab es in Österreich 36 Tageszeitungen, inzwischen liegt die Zahl bei sechzehn. Während vor 40 Jahren noch mehr als 50 Prozent des Tageszeitungsmarktes von Parteizeitungen ausgemacht wurde, existieren solche heute nicht mehr.<sup>97</sup>

---

<sup>96</sup> Vgl. Hüffel, 2003, S. 46

<sup>97</sup> Vgl. Hüffel, 2003, S. 47f

## 5 Die empirische Studie

### 5.1 Forschungsfrage und Hypothesen

#### Zentrale Frage

Jede Qualitäts-Tageszeitung deklariert ihren politischen Standpunkt. Welche Unterschiede existieren zwischen österreichischen und amerikanischen Qualitäts-Tageszeitungen hinsichtlich ihrer politischen Tendenz der US-Wahlberichterstattung 2004?

#### Hypothesen

Die empirische Untersuchung der vier Qualitäts-Tageszeitungen orientiert sich an folgenden Annahmen:

1. Wenn in Österreich über die US-Wahl, speziell die Kandidaten und ihre jeweilige Partei berichtet wird, dann gibt es bei der Wertung keine Unterschiede zwischen liberaler und konservativer Tageszeitung.
  - Wenn *Der Standard* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher positiv.
  - Wenn *Der Standard* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher negativ.
  - Wenn *Die Presse* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher positiv.
  - Wenn *Die Presse* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher negativ.
2. Wenn in den Vereinigten Staaten über die US-Wahl, speziell die Kandidaten und ihre jeweilige Partei berichtet wird, dann gibt es bei der Wertung Unterschiede zwischen liberaler und konservativer Tageszeitung.
  - Wenn *The New York Times* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher positiv.

- Wenn *The New York Times* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher negativ.
- Wenn *The Washington Times* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher negativ.
- Wenn *The Washington Times* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher positiv.

## 5.2 Untersuchungsmaterial

### 5.2.1 The New York Times

Die *New York Times* (NYT) ist eine der bekanntesten (wenn nicht schlicht *die* bekannteste), einflussreichsten Tageszeitungen Amerikas und stammt aus New York City. Die heutige *New York Times* wurde im Jahr 1851 von Henry J. Raymond und George Jones als *The New- York Daily Times* gegründet. Die erste Ausgabe erschien am 18. September 1851.<sup>98</sup> Es war die Absicht der Gründer, eine seriöse Alternative zu den damals in New York vorherrschenden reißerischen Zeitungen anzubieten.<sup>99</sup> Nach Raymonds (1869) und Jones' Tod (1891), wurde die Zeitung 1896 von Adolph S. Ochs übernommen. Unter ihm erreichte sie internationale Reichweite und große Beachtung. Ochs änderte den Titel der *New- York Daily Times* in *New York Times* um und schuf den heute immer noch gebrauchten Slogan: „All the news that's fit to print“. Bereits 1918 gewann die Times ihren ersten Pulitzer Preis für die Veröffentlichung zahlreicher Berichte, Dokumente und Reden über den Ersten Weltkrieg.<sup>100</sup>

---

<sup>98</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 3, NY Times Timeline 1851-1880, <http://www.nytco.com/company-timeline-1851.html>

<sup>99</sup> Vgl. o.V., 07.04.2005, 1, The New York Times – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/The\\_New\\_York\\_Times](http://de.wikipedia.org/wiki/The_New_York_Times)

<sup>100</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 4, NY Times Timeline 1911-1940, <http://www.nytco.com/company-timeline-1911.html>

Die *New York Times Company*, welche die *New York Times* heute besitzt, wird immer noch von den Nachfahren Ochs' dominiert.<sup>101</sup>

Die *New York Times* versteht sich selbst als *newspaper of the records*, als Zeitung mit gründlicher und umfassender Berichterstattung. Allgemein gilt sie als zuverlässige Quelle für Nachrichten. Ein Image, das im März 2003 stark erschüttert wurde als an die Öffentlichkeit gelangte, dass Reporter Jayson Blair viele seiner Artikel nicht vor Ort recherchiert und zum Teil frei erfunden hatte. Nach dem Bekanntwerden dieser Falschberichterstattung traten die Chefredakteure Howell Raines und Gerald Boyd zurück, zumal Kritik aus der Times-Redaktion laut geworden war, dass diese schon früher über Zweifel an Blairs Berichterstattung informiert gewesen waren, aber nichts zur Aufklärung dieser Vorwürfe unternommen hätten. Im Oktober 2003 übernahm die *New York Times* die internationale Tageszeitung *International Herald Tribune*, an der zuvor jeweils zur Hälfte die *New York Times* und die *Washington Post* beteiligt gewesen waren.<sup>102</sup>

Was die politische Färbung der *New York Times* angeht, so distanzierte sich bereits 1876 ihr damaliger Verleger George Jones aufgrund der Skandale in der Amtsperiode Präsident Grants von der republikanischen Partei.<sup>103</sup> Die redaktionelle Ausrichtung der *Times* bei der Interpretation von Ereignissen gilt als linksliberal, sie beschäftigt jedoch Kommentatoren aller in den USA wichtigen politischen Richtungen.<sup>104</sup>

---

<sup>101</sup> Vgl. o.V., 07.04.2005, 1, The New York Times – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/The\\_New\\_York\\_Times](http://de.wikipedia.org/wiki/The_New_York_Times)

<sup>102</sup> Vgl. o.V., 07.04.2005, 1, The New York Times – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/The\\_New\\_York\\_Times](http://de.wikipedia.org/wiki/The_New_York_Times)

<sup>103</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 3, NY Times Timeline 1851-1880, <http://www.nytc.com/company-timeline-1851.html>

<sup>104</sup> Vgl. o.V., 07.04.2005, 1, The New York Times – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/The\\_New\\_York\\_Times](http://de.wikipedia.org/wiki/The_New_York_Times)

### 5.2.2 The Washington Times

Die Tageszeitung *Washington Times* wurde 1982 von Mitgliedern der umstrittenen Vereinigungskirche als konservativer Gegenpart zur *Washington Post* gegründet. Sie wird in Washington, D.C. veröffentlicht.<sup>105</sup> Während der Amtsperiode Ronald Reagans etablierte sich die *Times* schnell als unabhängige und einflussreiche Stimme, die jene Geschichten brachte, welche die dominante liberale *Washington Post* nicht bringen wollte. Im zweiten Jahr ihrer Veröffentlichung, listete die Associated Press die *Washington Times* als die am dritt-weitverstreutest-zitierte Zeitung der Nation auf. Präsident Reagan erklärte, dass die *Washington Times* die erste Zeitung sei, die er jeden Morgen lese. Den Herausgebern und Redakteuren der *Times*, die sie als „Amerikas Zeitung“ bezeichnen, ist es ein Anliegen, die Werte ihrer Leser nicht lächerlich zu machen.<sup>106</sup>

Die *Washington Times Corporation* publiziert auch die *New York Noticias Del Mundo* und die monatlich erscheinende *World&I*. Die *Times* hat eine Reichweite von ungefähr 100.000 pro Tag, im Gegensatz zu rund 700.000 für die *Washington Post*. Die heutige *Washington Times* darf nicht mit der *Washington Times* verwechselt werden, die 1893 gegründet und in der Folge zur *Washington Times-Herald* wurde, welche 1954 mit der *Washington Post* fusionierte.<sup>107</sup>

Bei der *Washington Times* sind viele Themen beliebt, die auch von anderen christlich-konservativen Organisationen unterstützt werden, darunter Religionsfreiheit für Christen weltweit und die Missbilligung gesetzlichen Eingriffs in das Familienleben (außer, um die Bildung homosexueller Familien zu verhindern sowie Pornographie und andere Verletzungen ihrer Werte zu

---

<sup>105</sup> Vgl. o.V., 08.04.2005, 1, The Washington Times – Wikipedia, the free encyclopedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/The\\_Washington\\_Times](http://en.wikipedia.org/wiki/The_Washington_Times)

<sup>106</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 1, Washington Times Weekly Edition, <http://www.americasnewspaper.com/about.shtml>

<sup>107</sup> Vgl. o.V., 08.04.2005, 1, The Washington Times – Wikipedia, the free encyclopedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/The\\_Washington\\_Times](http://en.wikipedia.org/wiki/The_Washington_Times)

verfolgen und zu unterdrücken). Die *Times* behauptet, nicht direkt für die Vereinigungskirche zu evangelisieren. Dass *Times*-Reporter sich ihrer Unabhängigkeit von der kirchlichen Position brüsteten, entzweite sie allerdings gelegentlich von den Ansprüchen des Gründers, durch seine zügellose Befestigung der Zeitung direkten Einfluss auf die republikanische Partei auszuüben. Auf einer Geburtstagsparty der *Washington Times* verkündete Gründer Sun Myung Moon, dass die *Washington Times* das Instrument zur Verbreitung der Wahrheit über Gott in der Welt sei.<sup>108</sup>

### 5.2.3 Der Standard

Am 19. Oktober 1988 erschien die erste Ausgabe des *Standard*, gegründet von Oscar Bronner. Nach langer vergeblicher Suche nach österreichischen Finanzpartnern für ein politisch unabhängiges neues Printmedium ging dieser eine 50:50-Partnerschaft mit dem deutschen Axel Springer Verlag ein, die 1995 wieder gelöst wurde. Statt dessen beteiligte sich 1998 der Süddeutsche Verlag mit 49 Prozent am *Standard*. Laut Media-Analyse 2004 hat *Der Standard* in Österreich 366.000 Leser, was einer Reichweite von 5,4 Prozent entspricht.<sup>109</sup> Bei Akademikern hält *Der Standard* mit einer Reichweite von 19,7 Prozent die Spitze.<sup>110</sup>

*Der Standard* wurde laut eigener Aussage gegründet, weil es höchste Zeit war, dass Österreich eine von Interessengruppen und politischen Parteien unabhängige liberale Qualitäts-Tageszeitung bekam. Mittlerweile ist das Blatt aus dem täglichen Geschehen nicht mehr wegzudenken. Die britische *Financial Times* stellte fest: "Man hat noch nie gehört, dass eine neue Qualitäts-Tageszeitung in einem entwickelten Markt so schnell zum führenden Blatt wird.

---

<sup>108</sup> Vgl. o.V., 08.04.2005, 1, The Washington Times – Wikipedia, the free encyclopedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/The\\_Washington\\_Times](http://en.wikipedia.org/wiki/The_Washington_Times)

<sup>109</sup> Vgl. o.V., 06.09.2005, 6, media-analyse.at, <http://www.media-analyse.at/frmdata2004.html>

<sup>110</sup> Vgl. o.V., 08.04.2005, 1, Der Standard – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Der\\_Standard](http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Standard)

Genau das aber hat *Der Standard* im Qualitätssegment der österreichischen Zeitungen geschafft."<sup>111</sup>

Seiner Philosophie zufolge tritt *Der Standard* für die Wahrung und Förderung der parlamentarischen Demokratie und der republikanisch-politischen Kultur, für rechtsstaatliche Ziele bei Ablehnung von politischem Extremismus und Totalitarismus ein. Ebenso engagiert er sich für die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft, für Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften und nicht zuletzt für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und aller Bundesländer der Republik Österreich.<sup>112</sup> *Der Standard* trennt zwischen Bericht und Kommentar, gewichtet die Ereignisse und lässt seinen Lesern den nötigen Spielraum für ihre eigene Meinung. So fördert er, was zugleich auch sein Ziel ist: eine mündige Leserschaft. Die allgemeine Blattlinie ist als sozial-liberal zu beschreiben, deren Linie sich auch die meisten regelmäßigen Kolumnisten der Zeitung zuneigen. Dazu kommen Gastkommentare aus den verschiedensten politischen Richtungen. Obwohl sich *Der Standard* selbst als überregional sieht und das auch ist, kann eine starke Fokussierung auf die Bundeshauptstadt Wien nicht geleugnet werden.<sup>113</sup>

#### 5.2.4 Die Presse

Am 3. Juli 1848 erschien zum ersten Mal die von August Zang gegründete *Presse*, eine neue Tageszeitung mit ganz und gar unscheinbarem Titel, aber hohem Anspruch. Sie wurde von professionellen Journalisten gemacht, die durch die Schule des französischen Pressewesens gegangen waren. Sie vertrat im Geist der Revolution eine politisch gemäßigte Position in einer seriös-konservativen Aufmachung und anspruchsvoller Sprache. Die Zeitung führte erstmals Annoncen in Österreich ein. Jedoch wurde Zang in seiner Linie

---

<sup>111</sup> Vgl. o.V., 14.04.2005, 2, DER STANDARD digital.at, <http://derstandarddigital.at/>

<sup>112</sup> O.V., 14.04.2005, 2, DER STANDARD digital.at, <http://derstandarddigital.at/>

<sup>113</sup> Vgl. o.V., 08.04.2005, 1, Der Standard – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Der\\_Standard](http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Standard)

zunehmend käuflich und vergriff sich seinen Redakteuren gegenüber immer öfter im Ton. Die aufgeladene Atmosphäre kam im Mai 1864 schließlich zur Entladung: In einer Palastrevolution verließ fast die gesamte Redaktion ihren despotischen Chef, dessen Blatt noch einige Zeit dahinsiechte, bis es eingestellt wurde.

Am 1. September 1864 erschien erstmals die *Neue Freie Presse*, die in den nächsten Jahrzehnten als repräsentatives Blatt den vornehmlich großbürgerlichen Liberalismus mit einer betont österreichischen Linie vertrat.<sup>114</sup> Die Zeitung hatte damals mehr als 500 fest angestellte Journalisten und war das führende Sprachrohr des christlichen und jüdischen Bürgertums der Monarchie.<sup>115</sup>

Durch die Nationalsozialisten wurde die Zeitung aufgelöst. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Ernst Molden, der Mann der Dichterin Paula von Preradovic, seinen Traum von einem Wiedererstehen der *Presse* verwirklichen.<sup>116</sup> Sie war die erste unabhängige Zeitungsgründung der Zweiten Republik. Anfangs musste Molden viele Rückschläge überwinden: Das Archiv war vernichtet, die Druckmaschinen von den Nazis nach Oberschlesien abtransportiert, die Namensrechte in den Besitz eines Berliner NS-Verlegers gelangt. Dennoch erschien am 26. Januar 1946 die erste Ausgabe. Aufgrund der damaligen Papierknappheit wurde *Die Presse* vorerst nur jeden Donnerstag herausgebracht. Seit dem 19. Oktober 1948 erscheint sie täglich, was zuerst einen massiven Auflage- und Abonnenten-Rückgang mit sich brachte und *Die Presse* in eine finanzielle Krise stürzte. Fritz Molden, der Sohn des Herausgebers Ernst Molden, schaffte es im Jahr 1950, einen Kredit über zwei Millionen Schilling in New York zu lukrieren und damit die Zeitung zu retten. 1952 übernahm er als Verlagsdirektor 50 Prozent der Zeitungsanteile, 1953 nach dem Tod Ernst Moldens, die Chefredaktion.<sup>117</sup>

---

<sup>114</sup>Vgl. o.V., 09.09.2005, 3, Die Presse.com – alles schneller www.issn,

[http://www.diepresse.com/template/Default.aspx?seite=geschichte\\_print&name=Geschichte](http://www.diepresse.com/template/Default.aspx?seite=geschichte_print&name=Geschichte)

<sup>115</sup> Vgl. o.V., 03.04.2005, 1, Die Presse – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Presse](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Presse)

<sup>116</sup>Vgl. o.V., 09.09.2005, 3, Die Presse.com – alles schneller www.issn,

[http://www.diepresse.com/template/Default.aspx?seite=geschichte\\_print&name=Geschichte](http://www.diepresse.com/template/Default.aspx?seite=geschichte_print&name=Geschichte)

<sup>117</sup> Vgl. o.V., 03.04.2005, 1, Die Presse – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Presse](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Presse)

1963 erfolgte die Umstellung auf das internationale Großformat. 1965 erwarb zwar die Bundeswirtschaftskammer einen Großteil der Zeitung, der damalige Chefredakteur Otto Schulmeister hielt sie jedoch erfolgreich unabhängig. Weiter wurde in den 90ern die Eigentumsstruktur verändert. Seither besaß die Styria Medien AG und damit der katholische Pressverein der Diözese Graz-Seckau die Mehrheitsanteile und später auch die Minderheitsanteile. Heute wird *Die Presse* von Julius Kainz herausgegeben und vertritt eine bürgerlich-konservative, wirtschaftsliberale Grundlinie. Derzeitiger Chefredakteur ist der Katholik Michael Fleischhacker. Der Hauptkonkurrent der Zeitung ist *Der Standard*. Allgemein werden die beiden Blätter zusammen mit den *Salzburger Nachrichten* als die drei Qualitätszeitungen Österreichs angesehen.<sup>118</sup>

Laut Media-Analyse hatte *Die Presse* im Jahr 2004 durchschnittlich 299.000 Leser, womit sie mit 4,4 Prozent Reichweite hinter dem Standard rangierte.<sup>119</sup> Die größte Verbreitung hat sie bei den 50-59Jährigen sowie bei Lesern mit Hochschulabschluss. In den Auflagenzahlen der österreichischen Auflagenkontrolle erreichte *Die Presse* mit einer verbreiteten Auflage von 101.703 Exemplaren im Jahr 2004 den dritten Platz vor dem *Standard*.<sup>120</sup>

*Die Presse* begrüßte im Jahr 2000 als einzige überregionale Zeitung des Landes das Zustandekommen der umstrittenen Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ und bezeichnete die legalen Demonstrationen gegen Jörg Haider als rechtswidrig. Seither lastet ihr politisch ein rechtes Image an. Oft wird ihr vorgeworfen, in einigen Fragen als Hausblatt der Regierung zu fungieren.<sup>121</sup>

---

<sup>118</sup> O.V., 03.04.2005, 1, Die Presse – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Presse](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Presse)

<sup>119</sup> Vgl. o.V., 06.09.2005, 6, media-analyse.at, <http://www.media-analyse.at/frmdata2004.html>

<sup>120</sup> Vgl. o.V., 03.04.2005, 1, Die Presse – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Presse](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Presse)

<sup>121</sup> O.V., 03.04.2005, 1, Die Presse – Wikipedia, [http://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Presse](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Presse)

### 5.3 Zur Wahl des Untersuchungsmaterials

Warum eignen sich gerade die vier gewählten Zeitungen dafür, die gestellte Forschungsfrage zu beantworten?

- **Politische Stellungnahme:**

Da Unterschiede in der politischen Tendenz der US-Wahlberichterstattung gesucht werden, sind sowohl für Österreich als auch für die USA Zeitungen nötig, die ihren politischen Standpunkt klar offen legen. Dies ist bei den vier Blättern der Fall. Um das nötige Gleichgewicht herzustellen, sind beide Länder mit jeweils einer liberalen und einer konservativen Zeitung vertreten.

- **Reichweite und Qualität:**

Die ausgewählten Objekte zeichnen sich in ihrem jeweiligen Land durch große Reichweite und hohe Auflage aus. Sie werden von einer breiten Bevölkerungsschicht gelesen und tragen so wesentlich zur (unter anderem) politischen Meinungsbildung bei. Weiter gelten sie offiziell als *Qualitätszeitungen*, weisen also deren in Abschnitt 4.1 beschriebene Charakteristika auf.<sup>122</sup>

- **Aktualität:**

Für die Analyse werden Tageszeitungen herangezogen, da diese schneller auf neue Geschehnisse im Wahlkampf reagieren können als etwa Wochenzeitungen. Je regelmäßiger Nachrichten erscheinen, je aktueller sie sind, desto deutlicher zeichnet sich ihre Richtung ab.

---

<sup>122</sup> Vgl. Kapitel 4, S. 37f

## 5.4 Methodische Vorgangsweise

### 5.4.1 Theorie der Inhaltsanalyse

Zum Zweck der Hypothesenüberprüfung wird das Verfahren der Inhaltsanalyse mit sowohl quantitativen, als auch qualitativen Aspekten angewandt. Früh definiert diese als „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen; (häufig mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz)“.<sup>123</sup> Um ein besseres Verständnis für die Bedeutung dieser Definition zu schaffen, sollen ihre drei zentralen Bestandteile „empirische Methode“, „systematisch“ und „intersubjektiv nachvollziehbar“ im Folgenden kurz erklärt werden:

- Der Begriff „empirische Methode“ bezeichnet die Art und Weise, in der die Inhaltsanalyse zu wissenschaftlichen Erkenntnissen führt. Ein Vorgang ist dann empirisch, wenn das Erkenntnisobjekt ein wahrnehmbares bzw. intersubjektiv identifizierbares Korrelat in der Realität besitzt. Dies bedeutet nicht, dass die jeweiligen Erkenntnisobjekte konkret existieren müssen. Werte und Normen, beispielsweise, sind keine realen Objekte, lassen sich aber anhand beobachtbarer Merkmale erkennen und unterscheiden.<sup>124</sup> Die empirische Vorgangsweise verlangt also lediglich nach prinzipiell wahrnehmbaren Korrelaten bzw. angebbaren Indikatoren für ihre Erkenntnisobjekte.<sup>125</sup>
- Die Forderung nach Systematik richtet sich einerseits auf eine klar strukturierte Vorgehensweise bei der Umsetzung der Forschungsaufgabe in eine konkrete Forschungsstrategie, andererseits auf deren konsequente und durchgängig invariante Anwendung eben dieser Strategie auf das Untersuchungsmaterial. Zur Umsetzung in konkrete Operationen zählen

---

<sup>123</sup> Früh, 2001, S. 25

<sup>124</sup> Vgl. Früh, 2001, S. 25

<sup>125</sup> Früh, 2001, S. 25

die Formulierung empirisch prüfbarer Hypothesen, die Festlegung des relevanten Untersuchungsmaterials sowie der Analyse-, Codier- und Messeinheiten, die Entwicklung des Kategoriensystems mit Definitionen wie allgemeinen Codieranweisungen und die Überprüfung von Validität und Reliabilität.<sup>126</sup>

- Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit, also Offenlegung des Verfahrens, ist ein zentrales Qualitätskriterium jeder Inhaltsanalyse, das häufig auch als *Objektivität* bezeichnet wird. Die Methode soll vom analysierenden Subjekt abgelöst werden können, das heißt, die Ergebnisse müssen reproduzierbar, kommunizierbar und kritisierbar sein. Jede Inhaltsanalyse, die diesem Anspruch nicht genügt, ist irrelevant.<sup>127</sup>

In welchen Fällen ist nun die Inhaltsanalyse als Forschungsmethode angemessen und weshalb wurde sie hier gewählt?

1. Die Inhaltsanalyse erlaubt Aussagen über Kommunikatoren und Rezipienten, die nicht bzw. nicht mehr erreichbar sind.
2. Der Forscher ist nicht auf die Kooperation von Versuchspersonen angewiesen.
3. Der Faktor Zeit spielt für die Untersuchung eine untergeordnete Rolle. Man ist nicht an bestimmte Termine zur Datenerhebung gebunden.
4. Es tritt keine Veränderung des Untersuchungsobjekts durch die Untersuchung auf.
5. Die Untersuchung ist beliebig reproduzierbar oder mit einem modifizierten Analyseinstrument am selben Gegenstand wiederholbar.

---

<sup>126</sup> Vgl. Früh, 2001, S. 37

<sup>127</sup> Vgl. Früh, 2001, S. 37

6. Inhaltsanalysen sind meist billiger als andere Methoden der Datenerhebung.<sup>128</sup>

### 5.4.3 Sample

Untersucht wird die US-Wahlberichterstattung 2004 der Zeitungen *Der Standard*, *Die Presse*, *The New York Times* und *The Washington Times*. Dies sind konkret alle Artikel, die sich ausdrücklich (das heißt, entweder schon in der Headline erkennbar oder durch spezielle Überschriften in der Zeitung gekennzeichnet) mit den Präsidentschaftskandidaten bzw. ihren Parteien auseinandersetzen. Beiträge, die ihren Fokus auf ein anderes Thema legen und die Wahl, Kandidaten oder Parteien nur nebenbei erwähnen, sind nicht eingeschlossen. Die Länge der Artikel variiert von kurzen Absätzen bis hin zu seitenlangen Darstellungen und hängt stark von der jeweiligen Textsorte ab. Es wird besonderer Wert darauf gelegt, alle in den Zeitungen vorhandenen Textarten einzubeziehen um ein besseres Bild über die eigentliche Meinung der Menschen hinter dem Blatt zu gewinnen. So sind in dem Begriff *Artikel* Reportagen, Interviews, Berichte, Kommentare, Glossen, Leserbriefe und Kurzmitteilungen inkludiert.

Die Berichterstattung wird in einer Vollerhebung von fünf Wochen erfasst. Der erste Tag der Untersuchung ist der 01.10.2004, der letzte Tag der 06.11.2004 (Die Wahl fand am 02.11.2004 statt.). Insgesamt werden 301 Zeitungsartikel codiert, 41 davon aus *Der Standard*, 39 aus *Die Presse*, 65 aus *The New York Times* und 156 aus *The Washington Times*.

### 5.4.4 Kategoriensystem und Codebuch

Kernpunkt der Inhaltsanalyse ist die Bildung von Kategorien, die ihrerseits aus theoretischen Annahmen (Hypothesen) abgeleitet werden. Die Gesamtheit der Kategorien dieser inhaltsanalytischen Untersuchung wird als Kategoriensystem bezeichnet, an dessen Bildung strenge Forderungen gestellt werden: Sie sind

---

<sup>128</sup> Früh, 2001, S. 39

vom Erkenntnisinteresse geleitet und in Hypothesen fixiert, die anschließend auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden. Die Kategorien werden in ein oder mehrere Variablen (Merkmale) gefasst, die verschiedene Ausprägungen haben.<sup>129</sup>

Aus technischer Sicht, ist die Inhaltsanalyse ein Verfahren, mit dem Kommunikationsinhalte in numerische Informationen überführt werden, wobei die Kategorien die Transformationsregeln darstellen.<sup>130</sup>

Das für diese Studie ausgearbeitete Kategoriensystem erfüllt alle im Rahmen einer Inhaltsanalyse zu beachtenden Kriterien:

- Es ist aus den Untersuchungshypothesen theoretisch abgeleitet.
- Die Kategorien des Kategoriensystems sind voneinander unabhängig, was besonders für die statistische Auswertung wichtig ist.
- Die Ausprägungen jeder Kategorie sind vollständig.
- Die Ausprägungen jeder Kategorie sind wechselseitig exklusiv, sie überschneiden sich nicht, sondern sind trennscharf.
- Die Ausprägungen jeder Kategorie sind nach einer Dimension ausgerichtet (einheitliches Klassifikationsprinzip).
- Die Definition jeder Kategorie und ihrer Ausprägungen ist eindeutig.<sup>131</sup>

Bei der ausgeführten Untersuchung wäre ein Beispiel für eine Kategorie die Art eines Zeitungsartikels, wobei *Art des Zeitungsartikels* die Variable und Ausprägungen wie Reportage, Bericht, Glosse oder Interview die Ausprägungen dieser Variable darstellen.

Mit dem Kategoriensystem werden die Regeln der Codierung festgelegt, womit man Merkmale des Kommunikationsinhaltes in numerische Daten überträgt.

---

<sup>129</sup> Atteslander, 2000, S. 211

<sup>130</sup> Atteslander, 2000, S. 211f

<sup>131</sup> Vgl. Merten, 1995, S. 98ff

Dieser Vorgang nennt sich Codierung oder Verschlüsselung.<sup>132</sup> So kann z.B. der Ausprägung *Bericht* die Zahl 3 zugeordnet werden, der Ausprägung *Kommentar* etwa die Zahl 4.

Bei der Codierung werden die Zählheiten in den Texten aufgefunden und den inhaltsanalytischen Kategorien gemäß in ein Codeblatt (Codesheet) eingetragen. Anschließend werden die Daten auf den Blättern in den Computer eingegeben, um sie statistisch auswerten zu können. Für die hier durchgeführte Inhaltsanalyse wurde das Programm Microsoft Excel verwendet.

An dieser Stelle werden die Variablen innerhalb des Kategoriensystems der Inhaltsanalyse vorgestellt. Für die Untersuchung wird ein Codebuch auf Basis dieses Kategoriensystems entworfen, das im Anhang beigefügt ist. Dieses wurde nach einer Probecodierung von 30 Artikeln noch einmal präzisiert und überarbeitet. Die Codierung erfolgt ausschließlich durch die Autorin.

Variablen auf der Beitragsebene:

### **Medium**

Meint die Zeitung, aus welcher der jeweilige Beitrag stammt. Die Ausprägungen sind die Namen der Zeitungen (nummeriert von 1 bis 4).

### **Nummer des Beitrags**

Die Artikel werden nach Zeitung, Datum und Seitenfolge nummeriert (von 001 bis 301).

### **Datum**

Von 01.10.04 bis 06.11.04

---

<sup>132</sup> Vgl. Atteslander, 2000, S. 212

### **Art der Zeitungsartikel**

Legt dar, um welche Textart es sich handelt. Ausprägungen dieser Variablen sind Reportage, Interview, Bericht, Kommentar, Glosse, Leserbrief, Kurzmittlung (1 bis 7).

### **Quelle**

Lässt erkennen, von welchem Verfasser der Beitrag stammt: ob er von der Redaktion (Ausprägung 1), einer Agentur (Ausprägung 2) oder einem Gast-Kommentator (Ausprägung 3) geschrieben wurde.

Auf der Ebene der zentralen Darstellungen lassen sich folgende Variablen und Ausprägungen nennen:

### **Platzierung**

Meint, auf welcher Höhe die codierte Aussage gefunden wird: Headline (1), Schlagzeile (2), Unterüberschrift (21), Vorspann (3) oder in Absätzen (4 bis 8).

### **Gegenstand**

Bedeutet Untersuchungsgegenstand; die Themen, über die Erkenntnis gewonnen werden will. Die Ausprägungen hier heißen John Kerry (1), Demokraten (11), George W. Bush (2) und Republikaner (21).

### **Tendenz**

Besagt, in welche Richtung die Nachrichten über die Untersuchungsgegenstände laufen: Sehr positiv (1), positiv (2), neutral (3), negativ (4) oder sehr negativ (5).

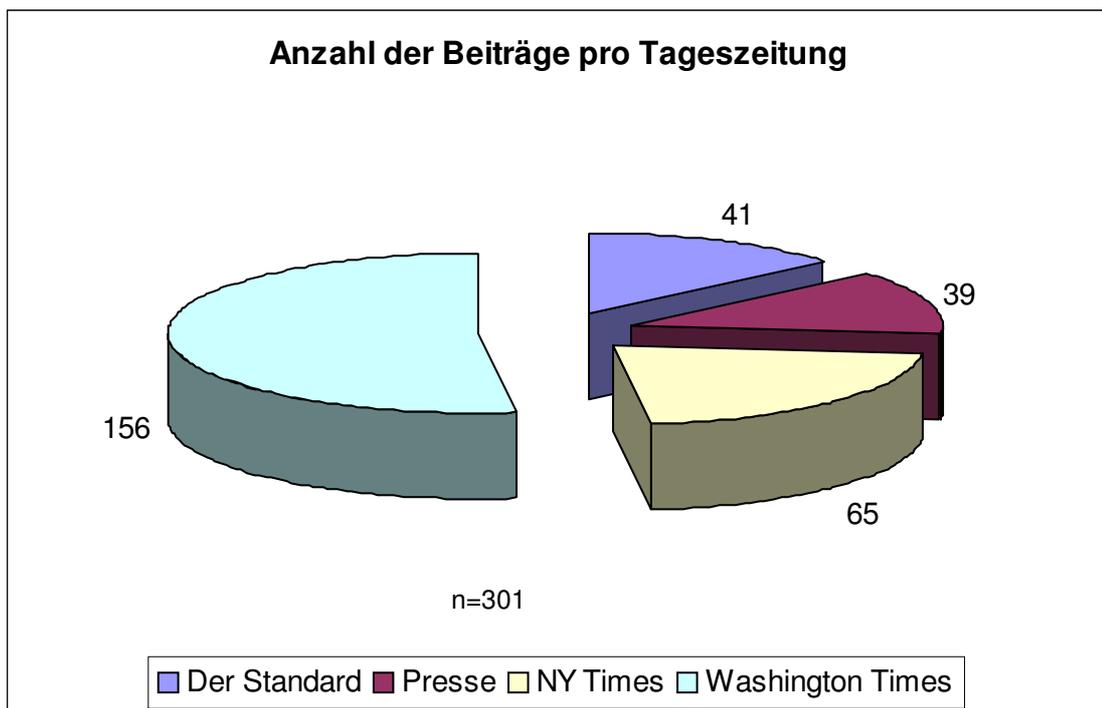
Jede Einheit, die sich thematisch von der vorherigen unterscheidet, gilt als Codiereinheit.

## 5.5 Ergebnisse

Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse werden anhand der Variablen Medium, Quelle, Platzierung, Gegenstand und Tendenz präsentiert.

### 5.5.1 Medium

Untersucht wird die US-Wahlberichterstattung 2004 der Zeitungen *Der Standard*, *Die Presse*, *The New York Times* und *The Washington Times* in der fünf Wochen Periode von 01.10.2004 bis 06.11.2004. Darin inkludiert sind alle Artikel, die sich explizit mit den Präsidentschaftskandidaten und/oder deren Parteien auseinandersetzen. Solche Artikel, die diese Themen nur nebenbei anschnitten sind ausgegrenzt. Insgesamt wurden 301 Artikel codiert, 41 davon entfallen auf *Der Standard*, 39 auf *Die Presse*, 65 auf *The New York Times* und 156 auf *The Washington Times*.



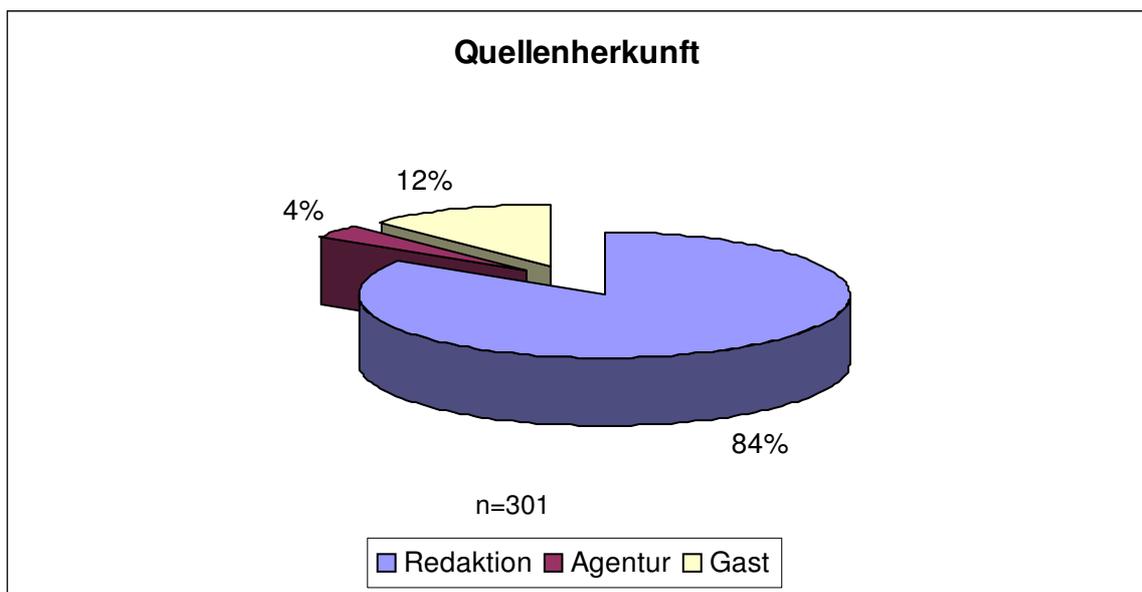
**Abbildung 1: Zugrunde liegende Zeitungen**

Quelle: Eigene Erhebung

### 5.5.2 Quelle

Was die Herkunft, also die Verfasser der 301 Artikel betrifft, so stammen 253 (84%) davon aus der Feder der jeweiligen Redaktionen, nur 11 (4%) von diversen Nachrichtenagenturen und 37 (12%) von einem Gastkommentator.

Dieses Resultat kann die im Theorieteil angesprochene Entwicklung zu einem immer selbst-referenzielleren Mediensystem<sup>133</sup> nicht unterstützen, belegt aber umso deutlicher die Qualität der gewählten Zeitungen nach den in Abschnitt 4.1 beschriebenen Charakteristika.<sup>134</sup>



**Abbildung 2: Quellenherkunft der Artikel**

Quelle: Eigene Erhebung

### 5.5.3 Platzierung

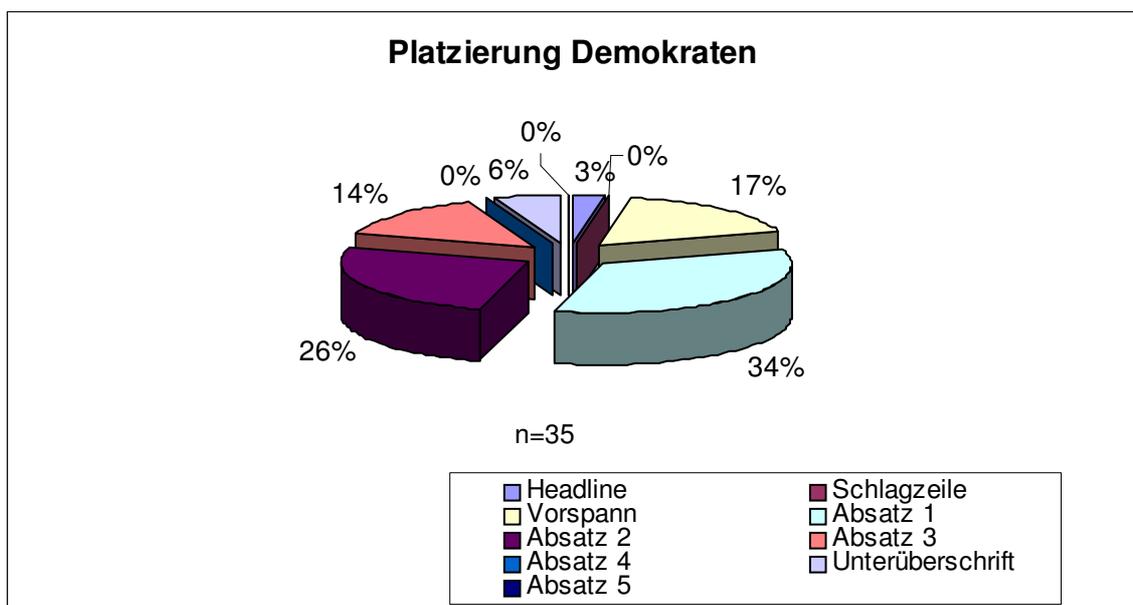
Für jeden der vier Gegenstände Demokraten (1), John Kerry (11), Republikaner (2) und George W. Bush (21) wird die Platzierung in den vier Zeitungen untersucht, das heißt, an welchen Stellen diese vor allem Erwähnung finden. Als Ausprägungen der Variablen Platzierung werden Headline (1), Schlagzeile (2),

<sup>133</sup> Vgl. Kapitel 3, S. 28

<sup>134</sup> Vgl. Kapitel 4, S. 37f

Unterüberschrift (21), Vorspann (3) und die darauf folgenden Absätze (4 bis 9) überprüft. Die Resultate sind jeweils auf alle Zeitungen bezogen.

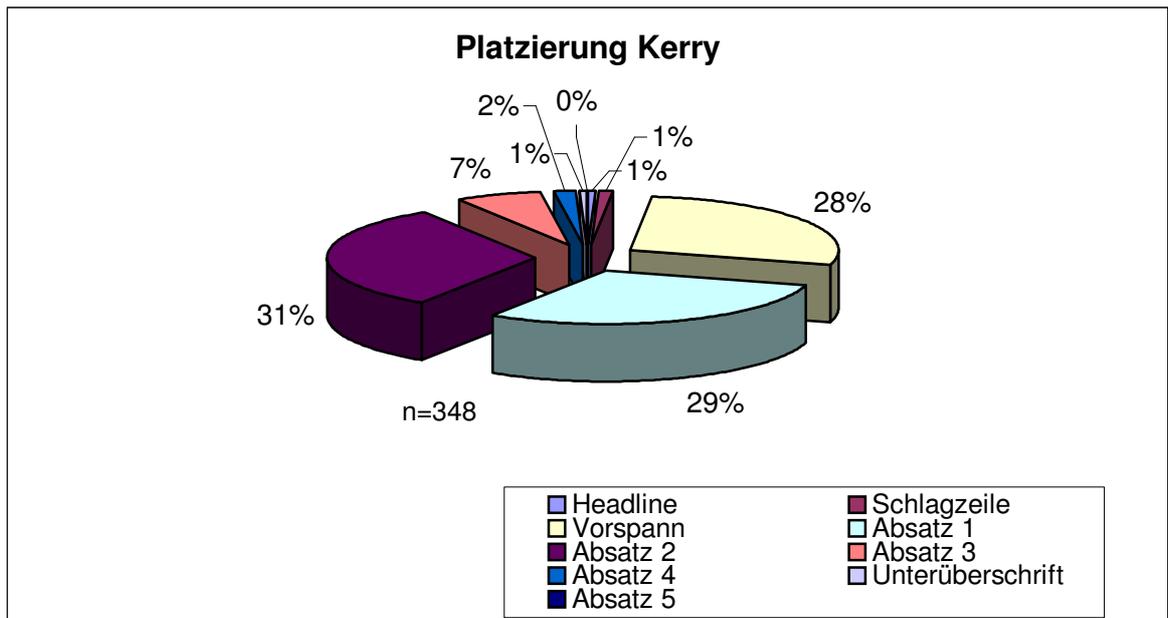
Die demokratische Partei wird vor allem in den ersten beiden Absätzen (also gleich unter dem so genannten Vorspann, dem kleinen fettgedruckten Absatz unter der Schlagzeile) der Zeitungsartikel angeführt. Auch im Vorspann selbst wird sie häufig erwähnt. In der Headline, Schlagzeile oder Unterüberschrift kommt sie dagegen so gut wie nie vor.



**Abbildung 3: Platzierung der demokratischen Partei**

Quelle: Eigene Erhebung

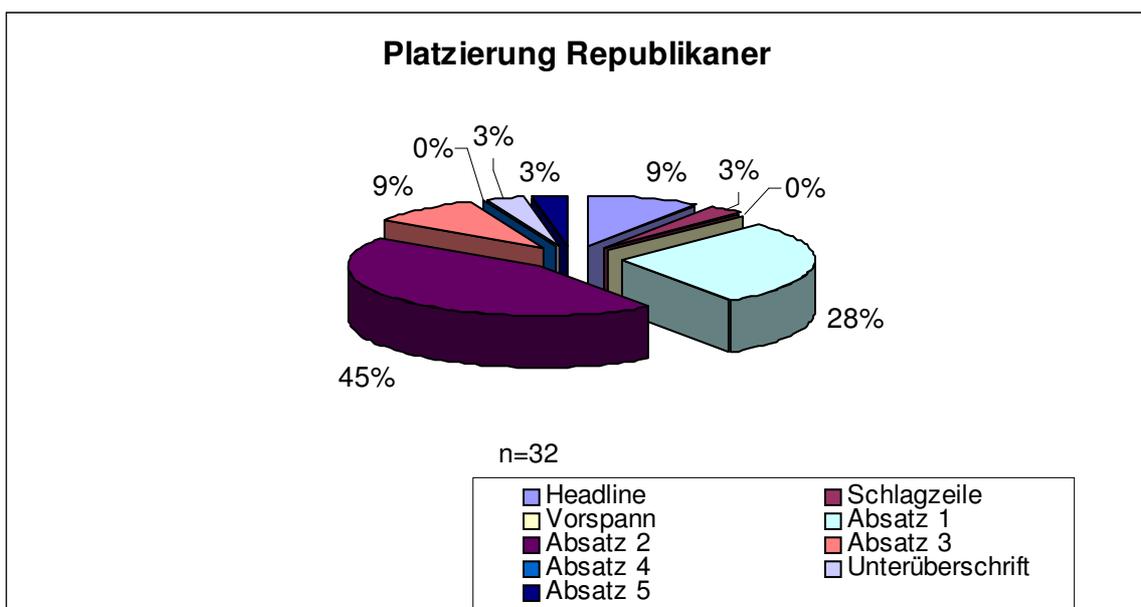
Der demokratische Kandidat John Kerry scheint ungefähr gleich oft in Headline und etwas öfter in der Schlagzeile auf als seine Partei im Allgemeinen. Im Vorspann der Artikel findet er oft Erwähnung, im Text wird besonders in den ersten drei Absätzen über ihn berichtet.



**Abbildung 4: Platzierung John Kerry**

Quelle: Eigene Erhebung

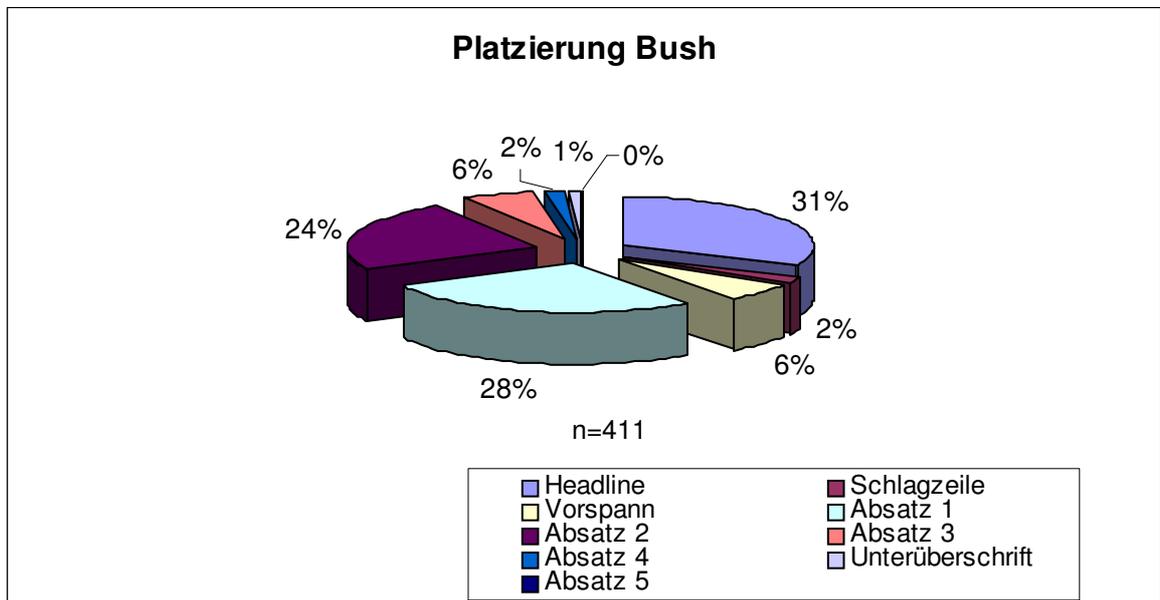
Die Republikaner kommen in Headline, Schlagzeile und Unterüberschrift öfter vor als ihre demokratischen Gegenspieler. Im Vorspann sind sie dagegen kaum vertreten. Die Berichterstattung über sie ballt sich vor allem in den ersten 2 Absätzen im Text.



**Abbildung 5: Platzierung der republikanischen Partei**

Quelle: Eigene Erhebung

George W. Bush wird in den Artikeln durchgängig an allen Stellen angeführt, besonders in Headline, Schlagzeile und Vorspann sowie in den ersten beiden Absätzen, aber auch in den Unterüberschriften.

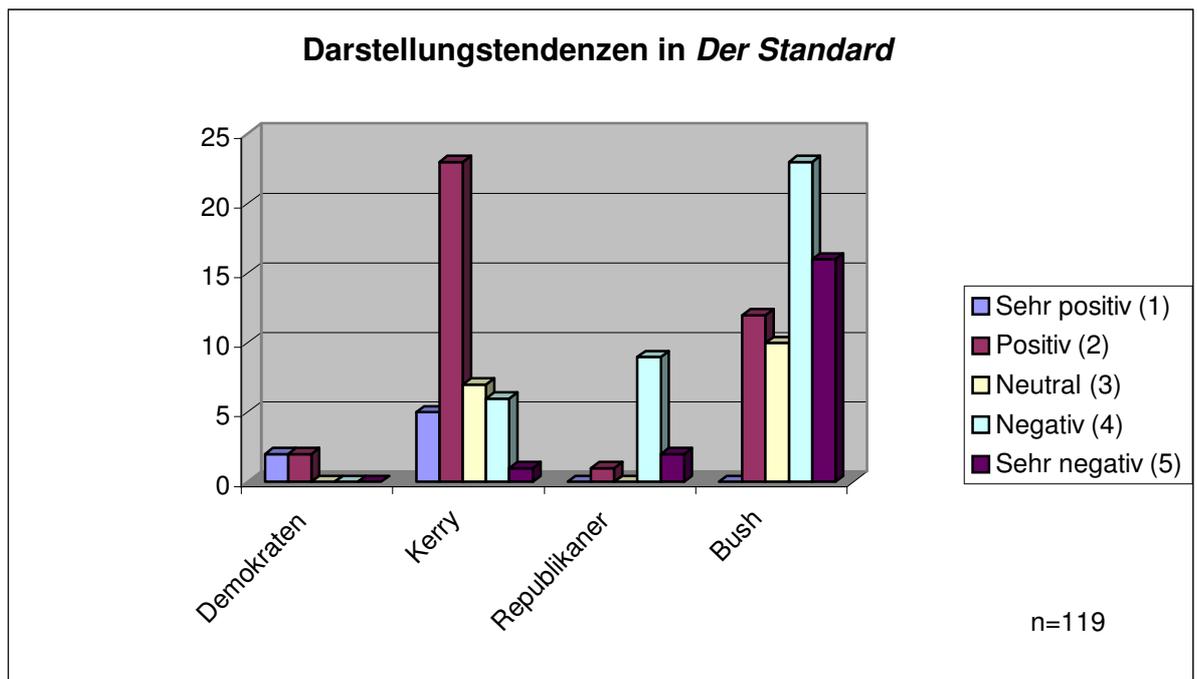


**Abbildung 6: Platzierung George W. Bush**

Quelle: Eigene Erhebung

#### 5.5.4 Gegenstand und Tendenz

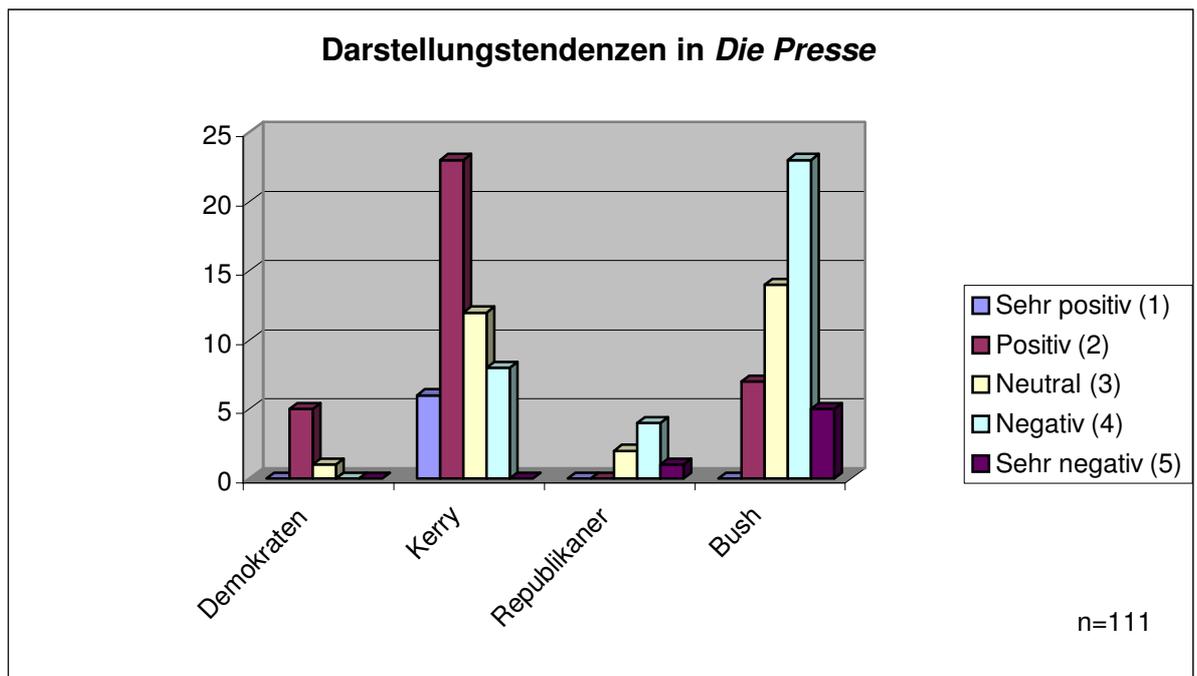
Im Folgenden wird gezeigt, wie die Präsidentschaftskandidaten und ihre Parteien in den österreichischen Qualitäts-Tageszeitungen *Der Standard* und *Die Presse* dargestellt werden. In *Der Standard* fällt der Begriff der Demokraten 4 mal, deren Kandidat John Kerry wird 42 mal erwähnt. Die republikanische Partei taucht 13 mal auf, der Name des Präsidenten sogar 84 mal. Damit nennt die Zeitung Bush doppelt so oft (seine Partei sogar dreimal so oft wie die Demokraten) wie Kerry und zwar in eindeutig negativer bis sehr negativer Hinsicht (ebenso wie die republikanische Partei). Die Tendenz der Berichterstattung über die Demokraten ist sehr positiv bis positiv. John Kerry wird mehr als alle anderen Gegenstände positiv gezeichnet.



**Abbildung 7: Darstellungstendenzen *Der Standard***

Quelle: Eigene Erhebung

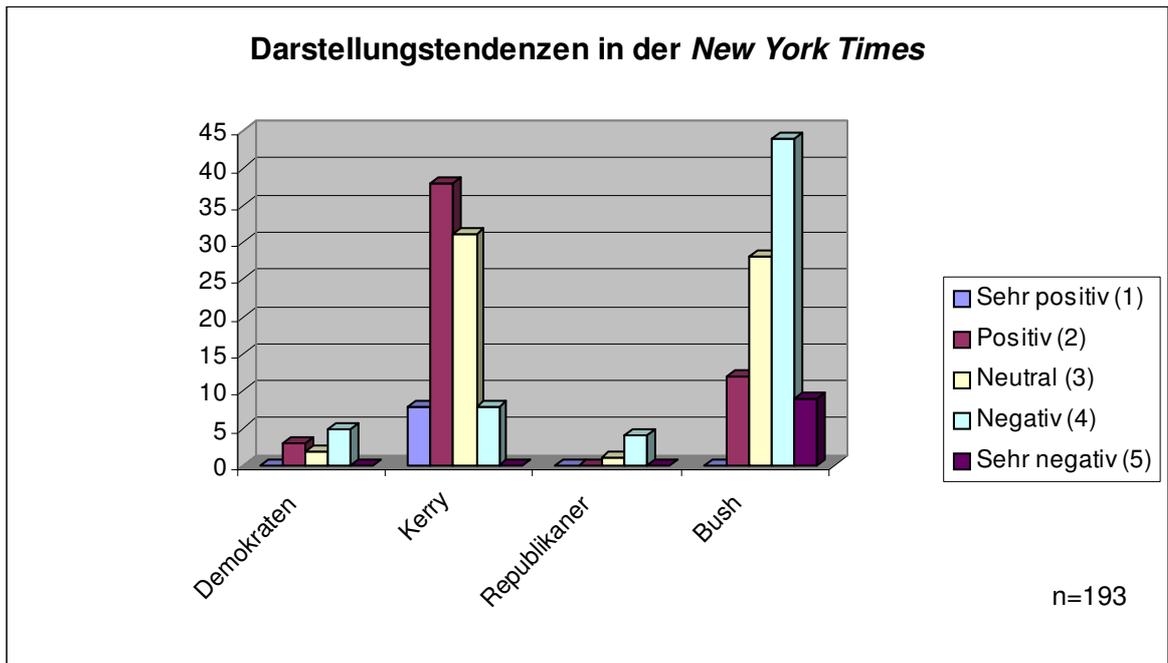
In *Die Presse* werden die Demokraten 6 mal, die Republikaner 7 mal und Kerry wie Bush je 49 mal genannt. Hier bietet sich ein, von den Nennungen her, ausgewogeneres Bild als bei *Der Standard*. Die Berichterstattung an sich unterscheidet sich jedoch kaum von der liberalen Zeitung. Kerry und die Demokraten werden positiv, Bush und die Republikaner negativ präsentiert. Allerdings ist Bush's negative Tendenz hier gefolgt von *neutral*, nicht wie in *Der Standard* *sehr negativ*. An den Republikanern lässt *Die Presse* sichtlich kein gutes Haar, ihre Tendenzen lauten: *negativ - neutral - sehr negativ*.



**Abbildung 8: Darstellungstendenzen *Die Presse***

Quelle: Eigene Erhebung

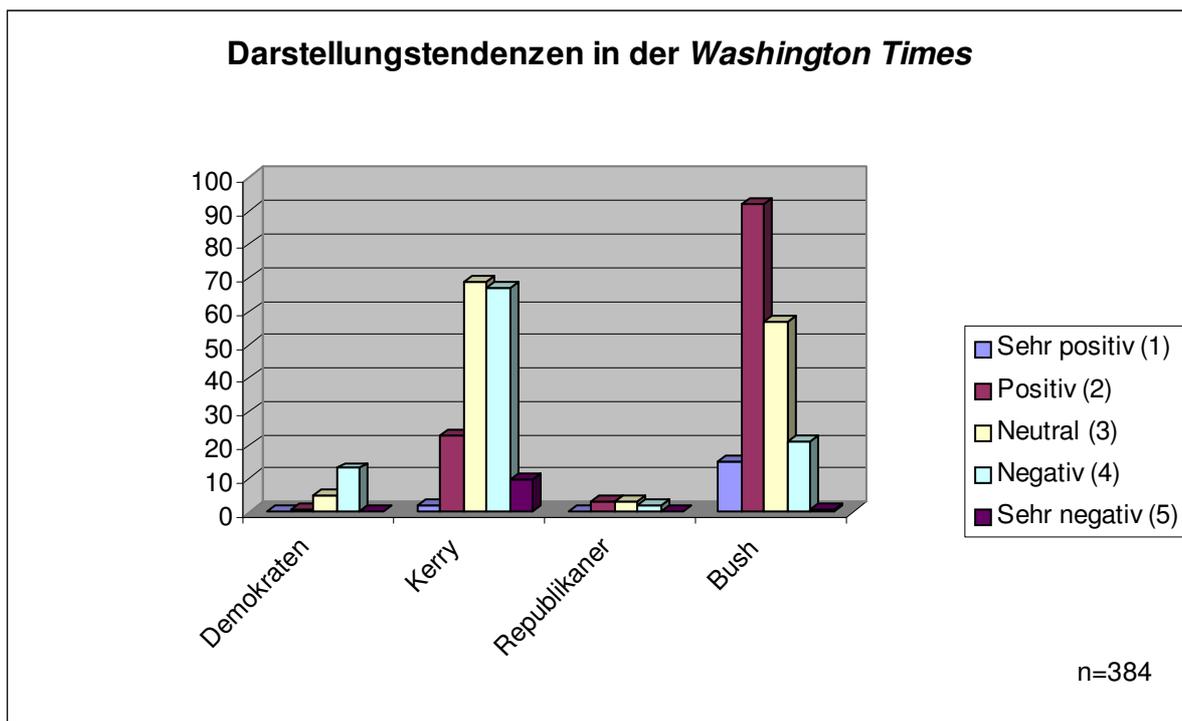
Die amerikanischen Qualitäts-Tageszeitungen *The New York Times* und *The Washington Times* berichten generell mehr über die Wahl, was in Anbetracht dessen, dass es sich dabei um ihr Land handelt, logisch ist. In *The New York Times* finden die Demokraten 7 mal Erwähnung, John Kerry 85 mal, die Republikaner 5 mal und George W. Bush 74 mal. Hier lässt sich ein deutlicher Fokus auf die Kandidaten-Berichterstattung erkennen. Zwar werden die Demokraten eher negativ dargestellt, Kerry selbst aber bei weitem positiv. Bush und die republikanische Partei werden auch hier negativ gezeichnet.



**Abbildung 9: Darstellungstendenzen *The NY Times***

Quelle: Eigene Erhebung

*The Washington Times* nennt in ihren Artikeln die demokratische Partei 18 mal, John Kerry 172 mal, die republikanische Partei 8 mal und George W. Bush 186 mal. Diese Zeitung berichtet über die Demokraten negativ, über Kerry neutral bis negativ. Die Republikaner halten sich die Waage mit positiv und neutral, Bush wird eindeutig positiv dargestellt.

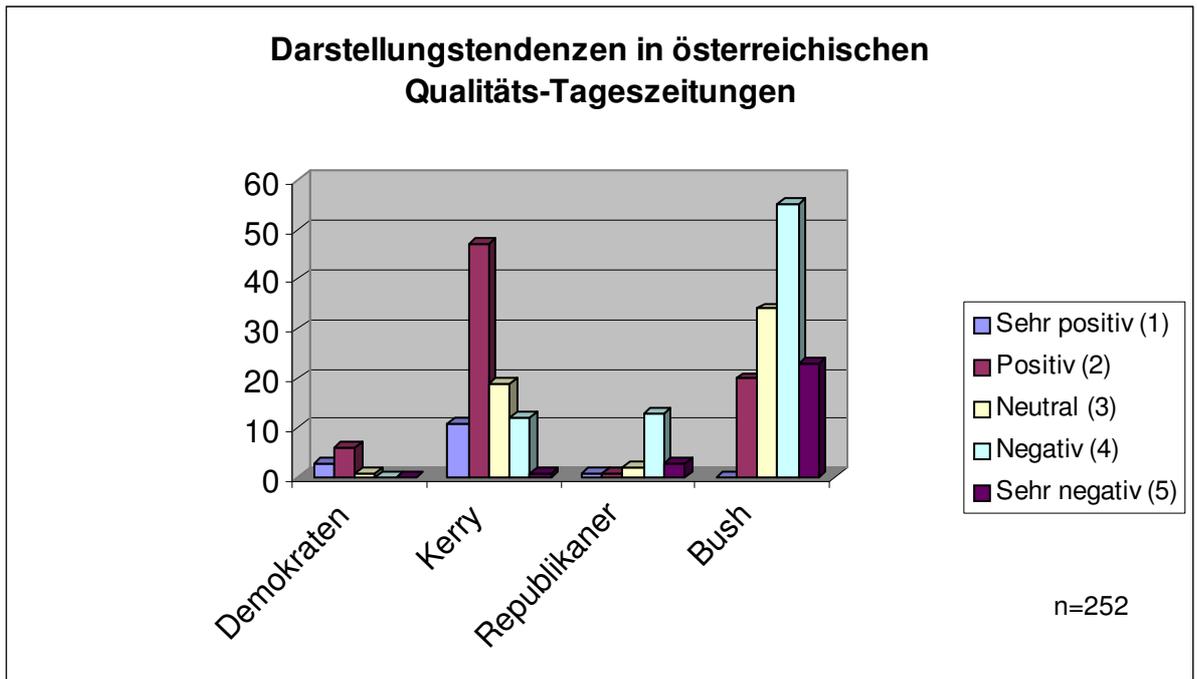


**Abbildung 10: Darstellungstendenzen *The Washington Times***

Quelle: Eigene Erhebung

Schließlich sollen die Nennungen und Darstellungstendenzen der österreichischen und amerikanischen Zeitungen direkt miteinander verglichen werden. Hier ist erkenntlich, dass die amerikanischen Nennungen die österreichischen übertreffen, was daraus resultiert, dass diese mehr über die Wahl berichten und demzufolge mehr Artikel analysiert werden.

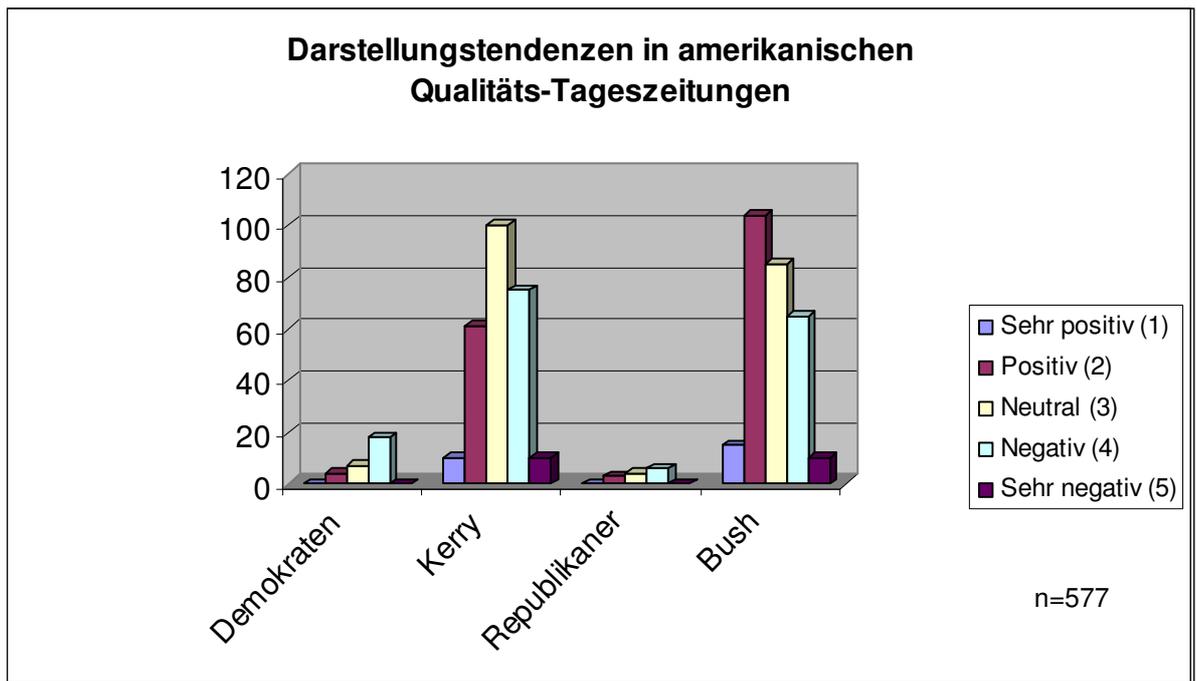
In Österreich wird ein durchwegs positives Bild von John Kerry und seinen Demokraten gemalt, während George W. Bush und seine Republikaner eindeutig negativ präsentiert werden.



**Abbildung 11: Darstellungstendenzen Österreich**

Quelle: Eigene Erhebung

In den USA ist es beinahe umgekehrt. Die Demokraten werden negativ, Kerry überwiegend neutral bis negativ dargestellt. Die Tendenz geht bei den Republikanern zwar auch eher ins Negative, bemerkenswert ist hier aber die Stellung Bush's, der eine weitgehend positive Berichterstattung genießt.



**Abbildung 12: Darstellungstendenzen USA**

Quelle: Eigene Erhebung

### Vergleich zwischen Österreich und den USA

In Österreich erfolgen insgesamt weniger Nennungen, da es hier weniger Untersuchungsmaterial gibt (es wurde nicht so viel über die US-Wahl berichtet wie in den USA selbst). Die demokratische Partei und ihr Kandidat John Kerry werden in beiden Zeitungen, sowohl liberal als auch konservativ, positiv dargestellt. Die republikanische Partei und George W. Bush dagegen immer negativ.

In den USA wird John Kerry überwiegend neutral und George W. Bush positiv gezeichnet. Allerdings lässt sich hier keine zu enge Verknüpfung zwischen Kandidat und Partei erkennen, da beide Parteien (sowohl Demokraten, als auch Republikaner) negativ belegt sind.

Als Unterschied zwischen Österreichs und US- liberaler Zeitung kann erkannt werden, dass *Der Standard* seine Berichterstattung auf Bush konzentriert, wohingegen *The New York Times* ihren Fokus auf Kerry legt. Bei den

konservativen Zeitungen der beiden Länder wird ausgemacht, dass *Die Presse* Kandidat und Partei jeweils mehr als Einheit sieht als *The Washington Times* und auch so berichtet. In den USA gibt es einen klaren Unterschied in den Tendenzen zwischen liberalem und konservativem Medium, der in Österreich nicht gefunden werden kann.

### 5.5.5 Überprüfung der Hypothesen

Abschließend sollen die aufgestellten Annahmen überprüft und die Forschungsfrage anhand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse beantwortet werden. Zu diesem Zweck werden die Annahmen hier noch einmal aufgelistet:

1. Wenn in Österreich über die US-Wahl, speziell die Kandidaten und ihre jeweilige Partei berichtet wird, dann gibt es bei der Wertung keine Unterschiede zwischen liberaler und konservativer Tageszeitung.
  - Wenn *Der Standard* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher positiv.
  - Wenn *Der Standard* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher negativ.
  - Wenn *Die Presse* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher positiv.
  - Wenn *Die Presse* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher negativ.
2. Wenn in Amerika über die US-Wahl, speziell die Kandidaten und ihre jeweilige Partei berichtet wird, dann gibt es bei der Wertung Unterschiede zwischen liberaler und konservativer Tageszeitung.
  - Wenn *The New York Times* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher positiv.

- Wenn *The New York Times* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher negativ.
- Wenn *The Washington Times* über die Demokraten, speziell John Kerry berichtet, dann eher negativ.
- Wenn *The Washington Times* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher positiv.

Behauptung 1 mit ihren vier Unterhypothesen kann nicht falsifiziert werden, wie aus den Abbildungen 7 und 8 hervorgeht.

Behauptung 2 kann ebenfalls nicht falsifiziert werden, allerdings muss bei den vier Unterhypothesen eine feinere Unterscheidung zwischen den Kandidaten und den Parteien vorgenommen werden. Nur der zweite Teil ab „speziell John Kerry“ kann in der ersten Unterhypothese nicht falsifiziert werden. Der erste Teil „Wenn *The New York Times* über die Demokraten berichtet, dann eher positiv“ muss verworfen werden, wie Abbildung 9 zeigt. Die restlichen drei Unterhypothesen der zweiten Behauptung können nicht verworfen werden.

Insgesamt fällt auf, dass die politischen Parteien und ihre Kandidaten in der österreichischen Presse als zusammengehöriger bewertet werden, das heißt, wenn man über John Kerry positiv berichtet, dann auch über die Partei der er angehört. Berichtet man negativ über George W. Bush, dann berichtet man auch negativ über seine Partei. In den USA ist dies nicht ganz so. Zwar können die letzten drei Unterhypothesen nicht falsifiziert werden, doch ist es bei der letzten „Wenn *The Washington Times* über die Republikaner, speziell George W. Bush berichtet, dann eher positiv“ die Republikaner betreffend sehr knapp, wie aus Abbildung 10 deutlich hervorgeht. In den Vereinigten Staaten werden Präsidentschaftskandidaten und ihre Parteien also weniger als „vereintes Kampfgespann“ gesehen, sondern es kann eine klare Fokussierung auf die Person des Kandidaten ausgemacht werden. Diese Tatsache ist wohl auf die

fehlende innere Geschlossenheit der Parteien zurückzuführen, die bereits in Kapitel 2 aufgezeigt wurde.<sup>135</sup>

Nun kann zur Beantwortung der zentralen Frage geschritten werden: *Jede Qualitäts-Tageszeitung deklariert ihren politischen Standpunkt. Welche Unterschiede existieren zwischen österreichischen und amerikanischen Qualitäts-Tageszeitungen hinsichtlich ihrer politischen Tendenz der US-Wahlberichterstattung 2004?*

Festgehalten kann werden, dass definitiv Unterschiede existieren. In österreichischen Qualitäts-Tageszeitungen gibt es keine Differenzen in der politischen Tendenz der Wahlberichterstattung zwischen liberal und konservativ. Das konservative Medium berichtet genauso liberal wie das liberale Medium. In den USA gibt es Differenzen in der politischen Tendenz der Wahlberichterstattung zwischen liberal und konservativ. Das liberale Medium berichtet nach liberalen Grundsätzen, das konservative Medium nach konservativen. Die amerikanischen Zeitungen bleiben sozusagen ihrer Linie treu. Ein weiterer Unterschied ist, dass die österreichischen Zeitungen über die Kandidaten und deren Parteien mehr als Einheit berichten, während in den Vereinigten Staaten eine Abgrenzung zwischen Kandidat und Partei, ja ein Schwerpunkt auf die Person des Kandidaten festgestellt werden kann. Nur weil man dort beispielsweise den demokratischen Kandidaten bevorzugt, bevorzugt man nicht unbedingt seine Partei.

---

<sup>135</sup> Vgl. Kapitel 2, S. 16ff

## 6 Resümee

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Unterschieden in der politischen Tendenz der US-Wahlberichterstattung 2004 zwischen den österreichischen Qualitäts-Tageszeitungen *Der Standard* (liberal), *Die Presse* (konservativ) und *The New York Times* (liberal), *The Washington Times* (konservativ).

Die Wahl des Präsidenten ist generell eine sehr wichtige, da seine Entscheidungen als mächtigster Mann der Welt von großer internationaler Bedeutung sind. Wer immer diese Position besetzt, wird von den Medien beinahe rund um die Uhr belagert und überwacht. Sie wirken sich meinungsführend auf die breite Masse ihrer Rezipienten aus und haben so eine der Staatsgewalten vergleichbare Machtstellung inne. Wie die Medien über den Präsidenten (und solche, die es werden wollen) berichten, bestimmt maßgeblich die Sichtweisen der Menschen und muss um so mehr kritisch beäugt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Inhaltsanalyse aller Artikel der gewählten Zeitungen, die sich explizit mit der Präsidentschaftswahl auseinandersetzen, durchgeführt. Insgesamt beläuft sich die Zahl dieser auf 301 Beiträge, 41 aus dem *Standard*, 39 aus der *Presse*, 65 aus der *New York Times* und 156 aus der *Washington Times*. Als Zeitperiode wurden fünf Wochen (01.10.2004 bis 06.11.2004) festgelegt.

Die Untersuchung ergibt, dass Differenzen in der politischen Tendenz der Berichterstattung zwischen österreichischen und US-Tageszeitungen existieren. Bei den österreichischen Zeitungen gibt es keine Unterschiede zwischen liberaler und konservativer Berichterstattung. Auch das konservative Medium berichtet liberal. Die Zeitungen der USA bleiben ihrer politischen Linie treu, das liberale Medium schreibt liberal, das konservative konservativ. In der österreichischen Presse werden die Präsidentschaftskandidaten eher als Einheit gesehen als in den Vereinigten Staaten. Wird hier gegen einen Kandidaten berichtet, so richtet sich die Berichterstattung gegen seine ganze Partei. In den USA fällt eine

Kandidatenfokussierung auf. Hier kann man sich für einen bestimmten Kandidaten, aber gegen seine Partei aussprechen. Die Amerikaner binden sich nicht gerne an eine Partei, sie entscheiden eher nach Kompetenz und Sympathie eines Einzelnen, was häufig einen regen Wechsel zwischen den Parteien zur Folge hat.

## **Anhang A: Literatur- und Quellenverzeichnis**

### **Literatur**

Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung, 9.Aufl. Berlin/New York: Walter de Gruyter.

Cohen, Richard E. (2001): Gridlock, by the numbers, in: National Journal. Heft 2/2001. Washington D.C.: National Journal Group Inc..

Friedrich, Wolfgang-Uwe (2000): Vereinigte Staaten von Amerika. Eine politische Landeskunde, Opladen: Leske + Budrich.

Früh, Werner (2001): Inhaltsanalyse, 5.Aufl. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Hübner, Emil (2003): Das politische System der USA. Eine Einführung, 5.Aufl. München: Verlag C.H.Beck.

Hüffel, Clemens (2003): Die Medienlandschaft in Deutschland und Österreich. Zahlen/Daten/Fakten, 2.Aufl. Wien: Bohmann Fachbuch.

Köcher, Renate (1999): Veränderte Mediennutzung – veränderte Gesellschaft, in: Von Graevenitz, Gerhart/Köcher, Renate/ Rütters, Bernd (Hrsg.): Vierte Gewalt?. Medien und Medienkontrolle. (16. Baden-Württemberg-Kolloquium). Konstanz: UVK Medien.

Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse, 2.Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.

Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Plasser, Fritz (1985): Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften – Ein Orientierungsversuch, in: Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A./Welan, Manfred (Hrsg.) (1985): Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft. Wien/Köln/Graz: Böhlau-Verlag.

Rüthers, Bernd (1999): Einführung: Medien als vierte Gewalt, in: Von Graevenitz, Gerhart/Köcher, Renate/ Rüthers, Bernd (Hrsg.): Vierte Gewalt?. Medien und Medienkontrolle. (16. Baden-Württemberg-Kolloquium). Konstanz: UVK Medien.

Saxer, Ulrich (1981): Publizistik und Politik als interdependente Systeme. Zur politischen Funktionalität von Publizistik (1), in: Media Perspektiven. Heft 7/1981. Frankfurt a.M.: Arbeitsgemeinschaft der ARD-Werbegeellschaften.

Saxer, Ulrich (1997): Konstituenten einer Medienwissenschaft, in: Schanze, Helmut/Ludes, Peter (Hrsg.): Qualitative Perspektiven des Medienwandels. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Stürner, Rolf (1999): Medienfreiheit und Ehrenschatz im liberalen Verfassungsstaat, in: Von Graevenitz, Gerhart/Köcher, Renate/ Rüthers, Bernd (Hrsg.): Vierte Gewalt?. Medien und Medienkontrolle. (16. Baden-Württemberg-Kolloquium). Konstanz: UVK Medien

Ziegler, Senta (1998): Die Macht der Medien richtig nutzen!, 2.Aufl. Bad Sauerbrunn: Edition Tau & Tau Type.

## Internet-Quellen

Katalin, Bodo (2004): Political System of the USA, <http://www.stud.u-szeged.hu>

Bibby, John (2004): Die politischen Parteien in den Vereinigten Staaten, <http://www.usembassy.at>

o.V. (2005): Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Hauptseite>

o.V. (2005): Wikipedia, [http://en.wikipedia.org/wiki/Main\\_Page](http://en.wikipedia.org/wiki/Main_Page)

o.V. (2005): The Democratic Party, <http://www.democrats.org/>

o.V. (2005): Politisches Lexikon – Ein Glossar zu den Wahlen, <http://www.usembassy.at>

o.V. (2005): Republican National Committee, <http://www.gop.com/>

o.V. (2005): Initiative Qualität – Qualität im Journalismus, <http://www.initiative-qualitaet.de>

McCauley, Todd/Nesbitt, Mary (2005): <http://www.readership.org>

o.V. (2005): New York Times Company, <http://www.nytc.com>

o.V. (2005): Washington Times Weekly Edition, <http://www.americasnewspaper.com>

o.V. (2005): DER STANDARD digital.at, <http://derstandarddigital.at/>

o.V. (2005): Die Presse.com – Alles schneller www.essen, <http://www.diepresse.com>

## Anhang B: Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zugrunde liegende Zeitungen.....	59
Abbildung 2: Quellenherkunft der Artikel.....	60
Abbildung 3: Platzierung der demokratischen Partei.....	61
Abbildung 4: Platzierung John Kerry .....	62
Abbildung 5: Platzierung der republikanischen Partei .....	62
Abbildung 6: Platzierung George W. Bush .....	63
Abbildung 7: Darstellungstendenzen <i>Der Standard</i> .....	64
Abbildung 8: Darstellungstendenzen <i>Die Presse</i> .....	65
Abbildung 9: Darstellungstendenzen <i>The NY Times</i> .....	66
Abbildung 10: Darstellungstendenzen <i>The Washington Times</i> .....	67
Abbildung 11: Darstellungstendenzen Österreich .....	68
Abbildung 12: Darstellungstendenzen USA .....	69

## **Anhang C: Codebuch**

### **Allgemeine Codierhinweise**

Als Codiereinheit wird jede Headline, Schlagzeile, Unterüberschrift, sowie jeder Vorspann und Absatz, der sich thematisch von dem vorangegangenen unterscheidet, erfasst. In der Folge wird erklärt, wie die Autorin diese Begriffe definiert. Insgesamt werden nur jene Beiträge codiert, die klar erkennbar die Demokraten, Republikaner und ihre jeweiligen Kandidaten in der Präsidentschaftswahl 2004 zum Hauptthema haben. Der dafür bestimmte Zeitraum beträgt fünf Wochen (01.10.2004 bis 06.11.2004). Fotos, egal ob schwarzweiß oder in Farbe, werden nicht codiert. Alle Zeitungsartikel werden ausschließlich von der Autorin codiert und elektronisch erfasst.

### **Codeblatt**

#### **Beitragsebene**

##### **Medium (1-4)**

Als Medium gilt jede der vier untersuchten Zeitungen. *Der Standard* wird mit der Zahl 1 codiert, *Die Presse* mit der 2, *The New York Times* mit der Zahl 3 und *The Washington Times* mit der 4.

##### **Nummer des Beitrags (001-301)**

Alle Artikel der vier Zeitungen werden nach Datum sortiert. Begonnen wird mit *Der Standard* vom 01.10.2004 (Beitrag 001), danach kommt *Die Presse*, darauf *The New York Times* und schließlich *The Washington Times* mit 06.11.2004 (Beitrag 301).

**Titel**

Meint den Titel (Headline) eines Artikels. Die Angabe des Titels auf dem Codeblatt erleichtert das Finden der jeweiligen Beitragsnummer, wird aber nicht codiert.

**Datum**

Gibt das Datum jedes Artikels an. Dieses Merkmal selbst wird nicht codiert.

**Art (1-7)**

Bezeichnet die Textart des Artikels. Es wird unterschieden in:

- *Reportage (1):*

Die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse in Politik, Sport, und anderen Bereichen von gesellschaftlichem Belang. Im engeren Sinn widerspiegelt der Journalist in einer Reportage seine eigenen Eindrücke, ohne dabei zu werten oder zu kommentieren. Er beschreibt ausschließlich. Die Reportage basiert auf einer objektiven, der Wahrheitsfindung dienenden Recherche und der Darstellung von tatsächlichen Sachverhalten, erlaubt aber eine subjektiv gefärbte Darstellung der Ereignisse. Der Leser betrachtet den Sachverhalt durch die Augen des Reporters und wird von diesem geführt.

- *Interview (2):*

Das Interview gibt die Befragung einer Persönlichkeit durch einen oder mehrere Fragesteller (Interviewer) wieder, mit dem Ziel, dem Leser Informationen oder Sachverhalte „aus erster Hand“ zu liefern.

- *Bericht (3):*

Der Bericht stellt ein Ereignis möglichst wirklichkeitsgetreu (objektiv) und in, im Gegensatz zur Reportage, sachlicher Sprache dar. Er informiert darüber, **was** sich ereignet hat, **wann** und **wo** es geschehen ist, **wer** beteiligt war, **wie** der Vorgang abgelaufen ist und **welche** Folgen er hatte.

- *Kommentar (4):*  
Darunter werden Erläuterungen zum besseren Verständnis eines Sachverhaltes verstanden. Der Kommentar ist eine Stellungnahme zu Ereignissen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, u.a. Der Kommentar in Zeitungen ist meistens meinungsbetont, spiegelt also Urteil und Stellungnahme des Schreibers wider.
- *Glosse (5):*  
Die Glosse (Randbemerkung) ist ein kurzer, meinungsbetonter Artikel, in sprachlich geschliffener Form mit zugespitzter Argumentation, die oft in eine Pointe mündet. Sie gibt in witzig-ironischer oder auch sarkastischer Weise die ganz persönliche Auffassung eines Journalisten wieder.
- *Leserbrief (6):*  
Der Leserbrief greift einen Beitrag einer Zeitung auf und stimmt zu, ergänzt oder widerspricht und stellt richtig. Der Verfasser nennt in seiner Zuschrift meist den Titel des Artikels und das Erscheinungsdatum der Zeitung.
- *Kurzmitteilung (7):*  
Als Kurzmitteilung wird hier ein kleiner Absatz (ein paar Zeilen) in objektiv geschriebener Sprache verstanden, wie er von Nachrichtenagenturen verfasst wird.

### **Quelle (1-3)**

Die Quelle bezeichnet, woher der verfasste Artikel stammt. Hier gibt es drei Möglichkeiten.

1. *Redaktion:* Der Artikel stammt von Redakteuren, die für die jeweilige Zeitung arbeiten und deren Linie vertreten.
2. *Agentur:* Der Artikel stammt von einer Nachrichtenagentur.
3. *Gastkommentar:* Der Artikel wurde von einem Schreiber außerhalb des Zeitungsunternehmens/der Redaktion verfasst.

## Ebene der zentralen Darstellungen

### **Platzierung**

Bezeichnet, an welcher Stelle der gewünschte Inhalt im Artikel zu finden ist (Headline, Schlagzeile, Unterüberschrift, Vorspann oder Absatz).

- *Headline (1):*  
Die Headline ist die erste Überschrift eines Zeitungsartikels. Ihre Aufgabe besteht darin, die Aufmerksamkeit eines flüchtigen oder selektiven Lesers zu erzielen, ihn anzusprechen und auf den anschließenden Fließtext vorzubereiten. Sie ragt sichtbar heraus und fasst den jeweiligen Artikel zusammen oder interpretiert ihn.
- *Schlagzeile (2):*  
Als Schlagzeile wird hier die zweite und fettgedruckte Überschrift eines Artikels benannt. Sie beinhaltet meist eine reißerische Aussage, um dem Auge des potenziellen Lesers ins Auge zu stechen.
- *Unterüberschrift (21):*  
Eine kleinere Überschrift, die entweder gleich unter der Schlagzeile oder zu Beginn eines Absatzes steht. Nicht jeder Artikel weist alle drei Arten der genannten Überschriften auf, insgesamt wurden aber so viele Überschriften gefunden, dass sie alle unterschiedlich bezeichnet werden müssen.
- *Vorspann oder „Kopf“ (3):*  
Den Vorspann eines Zeitungsartikels bildet der erste Absatz. Er hebt sich vom übrigen Beitrag durch fette Buchstaben ab. In ihm soll der Leser die wichtigsten Informationen erhalten.

- *Absatz (4-8):*

Der „Körper“, also der Fließtext eines Artikels ist in unterschiedlich viele Absätze von unterschiedlicher Länge gegliedert. Ein Absatz ist einer von mehreren Abschnitten eines Textes, eine mit einer neuen Zeile beginnende Unterbrechung in einem ansonsten fortlaufenden Text. Jeder dieser Absätze, dessen thematische Aussage sich von dem vorangegangenen unterscheidet, wird codiert (je nachdem wie viele solche Absätze es in einem Artikel gibt werden sie mit den Zahlen 4 bis 8 codiert).
- *Gegenstand:*

Meint den Gegenstand der Berichterstattung. In dieser Untersuchung gibt es vier Gegenstände, nämlich die demokratische Partei (1), ihren Kandidaten John Kerry (11), die republikanische Partei (2) sowie ihren Kandidaten und zugleich Präsidenten George W. Bush (21).
- *Tendenz:*

Als Tendenz wird die Neigung in eine bestimmte Richtung verstanden. Die hier erwähnten Tendenzen beziehen sich auf die Berichterstattung über die vier Untersuchungsgegenstände. Sie lauten: sehr positiv (1), positiv (2), neutral (3), negativ (4) und sehr negativ (5). Positive Berichterstattung bedeutet einen Gegenstand zu unterstützen, zu bejahen und gut zu heißen. Neutrale Berichterstattung ist frei, unterstützt keinen Gegenstand, wirkt sich nicht aus, ist also unparteiisch. Negative Berichterstattung über einen Gegenstand lehnt ihn ab, macht ihn schlecht und weist ihn zurück. Als sehr positive Meldungen werden Darstellungen verstanden, die einen Gegenstand mit stark positiv belegten Worten wie Held, Hoffnung Amerikas, super u.a. versehen. Sehr negative Darstellungen dagegen bezeichnen einen Gegenstand mit negativ belegten Ausdrücken wie Katastrophe, Loser, schlimm, u.a.

## **Anhang D: Danksagung**

Mein Dank gilt all jenen, die in irgendeiner Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Besonders bedanke ich mich hiermit bei Mag. (FH) Johannes Pandion, der mich mit großer Professionalität bei der statistischen Verarbeitung der Daten aus der Inhaltsanalyse unterstützt hat und Dipl. Päd. Georg Höllerer, der mir bei diversen Formatierungsschwierigkeiten mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist. Weiter danke ich meinem Vater, Dr. Hansjörg Türscherl, der mich die Jahre hindurch immer wieder in meinem Studium ermutigt hat, sowie meinen beiden Betreuerinnen Dipl. Päd. Corinna Haas und Dr. Ksenija Fallend, die meine Ideen zu der vorliegenden Diplomarbeit gefördert und mich in allen wichtigen Fragen angeleitet haben.

## Anhang E: Codeblatt

### Beitragsebene

Medium: /\_/

Nummer des Beitrags: /\_ \_ \_/

Titel: \_\_\_\_\_

Datum: /\_ \_/ \_ \_/04

Art: /\_/

Quelle: /\_/

---

### Ebene der zentralen Darstellungen

Platzierung	Gegenstand	Tendenz
/_/	/_/	/_/
/_/	/_/	/_/
/_/	/_/	/_/
/_/	/_/	/_/
/_/		/_/

# Ehrenwörtliche Erklärung

Ich versichere, dass

- ich diese Diplomarbeit selbständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.
- ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im Inland noch im Ausland einem Begutachter/einer Begutachterin zur Beurteilung oder in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

Diese Arbeit stimmt mit der von der Begutachterin beurteilten Arbeit überein.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift